



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR FAMILIE,
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

ZEIT FÜR FAMILIEN IN RHEINLAND-PFALZ

Studie der Prognos AG im Auftrag
des Ministeriums für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz

INHALT

1	Hintergrund und Studiendesign	2
2	Zeit für Familien – ein zentraler Faktor für die Politik	6
2.1	Veränderte Zeitbedarfe der Familien	7
2.2	Zeitpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe	9
3	Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz: Heterogenität statt Einheitlichkeit	13
4	Blick in die Kommunen: Herausforderungen und Handlungsansätze	20
4.1	Fallbeispiel 1: Katzenelnbogen	22
4.2	Fallbeispiel 2: Trier-Saarburg	28
4.3	Fallbeispiel 3: Ludwigshafen am Rhein	36
5	Ansätze für eine strategische Zeitpolitik in Rheinland-Pfalz	43
5.1	Zeitbedarfe von Familien strategisch in der Kommune verankern	43
5.2	Mögliche Ansatzpunkte für die Landespolitik	50

Grußwort von Ministerin Spiegel zum Bericht „Zeit für Familien in Rheinland-Pfalz“ der Prognos AG

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Familienpolitik ist Zeitpolitik. Denn ohne Zeit füreinander können Familien nicht existieren. Die gegenseitige Unterstützung, die Übernahme von Verantwortung und familiären Aufgaben wie etwa Erziehung oder Pflege, aber auch das sich Vertraut- und Geborgenfühlen benötigen schlicht und einfach Zeit.

Ein erklärtes Ziel der Landesregierung ist es daher, dass Familien in Rheinland-Pfalz mehr Zeit füreinander haben. Um das verwirklichen zu können, muss der Blick zunächst auf die konkrete Lebenssituation und die Bedürfnisse von Familien gerichtet werden. Die vorliegende Studie untersucht exemplarisch in drei Kommunen bereits bestehende Vernetzungsansätze zur Förderung von Familie und Beruf sowie von Zeit für Familie. Für Familien besonders bedeutsame Handlungsfelder werden dabei identifiziert und herausgestellt.

Die Ergebnisse lassen konkrete Schlussfolgerungen bezüglich der Konzeptionierung und Weiterentwicklung von Angeboten zu und machen Unterstützungsbedarfe deutlich. Die Landesregierung wird an diesen Punkten ansetzen, um das Thema „Zeit für Familien“ weiter voranzubringen.

Der Prognos AG danke ich herzlich für die Konzeption, Durchführung und Auswertung der Studie. Bedanken möchte ich mich auch bei allen an der Studie Beteiligten, die ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben.

Anne Spiegel

**Ministerin für Familie, Frauen, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz,
des Landes Rheinland-Pfalz**

1. Hintergrund und Studiendesign

Die eigene Familie ist für die Bevölkerung in Deutschland so wichtig wie kein anderer Lebensbereich.¹ Familien sind Orte, in denen Kinder und Eltern das Leben in all seinen Facetten erfahren, Werte und soziale Kompetenzen erlernen und sich in verschiedenen Lebenslagen gegenseitig unterstützen. Sie leisten einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag.

Gleichzeitig sind vor allem Eltern mit minderjährigen Kindern zeitlich so stark gefordert wie keine andere vergleichbare Bevölkerungsgruppe. „Zeitmangel“ wird von dieser „geforderten Generation“ besonders stark erlebt. 55 Prozent der Eltern im Alter von 30 bis 55 Jahren geben an, „viel zu wenig Zeit“ zu haben.²

Im Alltag sind Väter, Mütter und Kinder vielfältigen Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben ausgesetzt. Lange Arbeitszeiten, Pendelzeiten, unzureichende Betreuungsmöglichkeiten, starre Öffnungszeiten, Hausarbeiten und Vieles mehr führen dazu, dass viele Eltern Zeitmangel erleben und zu wenig Zeit für ihre Familie haben. Acht von zehn Vätern wünschen sich mehr Zeit für die Familie.³

In den letzten Jahren haben sich zwei gesellschaftspolitische Trends herausgebildet, die Zeitkonflikte und Vereinbarkeitsprobleme begünstigen: Erstens arbeiten Frauen und insbesondere Mütter immer häufiger und mit immer höheren Stundenumfängen.⁴ Zwei Drittel der Frauen geben heute an, dass ihnen für die eigene Lebensqualität eine eigene Berufstätigkeit „sehr wichtig“ ist. Mütter wollen, ebenso wie Männer, Familie *und* Beruf.

¹ 80 Prozent der Bevölkerung setzen den Lebensbereich „Familie“ an erster Stelle. Die Bedeutung der Familie hat in den vergangenen Jahren weiter leicht zugenommen. (IfD Allensbach 2016: Familie 2030. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11058)

² Vgl. Prognos AG (2015): Die Geforderte Generation – Ein Portrait der sozialen Mitte.

³ Ebd.

⁴ In Rheinland-Pfalz übten zwei Drittel aller Mütter (67 %) im Jahr 2015 eine Erwerbstätigkeit aus. (Quelle: Sonderauswertung des Mikrozensus 2015 s16140. Eigene Berechnung Prognos AG.)

Zweitens wollen immer mehr Väter mehr Zeit mit der Familie und den Kindern verbringen. Die Väter von heute identifizieren sich stärker als die vorherigen Generationen mit einer aktiven Vaterrolle. Drei Viertel der Bevölkerung sind der Meinung, dass sich Väter heute mehr an der Erziehung und Betreuung von kleinen Kindern beteiligen, als noch vor zehn oder 15 Jahren. Mittlerweile macht jeder dritte Vater eine berufliche Auszeit und nimmt das Elterngeld in Anspruch. 2006 waren es noch 3,5 Prozent.⁵

Mit der zunehmenden Zahl an Familien, in denen beide Partner sich um Beruf und Familie kümmern, wachsen auch die Vereinbarkeits- und Zeitprobleme. Das Zeitbudget von Familien wird nicht (nur) durch ein „zu viel“ an Haus- und Erwerbsarbeit belastet. Ein wesentliches Problem im Alltag vieler Familien ist, dass Eltern und Kinder dem „Zeittakt“ der Arbeitgeber, Kindergärten, Schulen, Ärzte, des Nahverkehrs und vieler anderer Akteure unterliegen. So kann der Kindergarten z. B. schon eine halbe Stunde vor Arbeitsende geschlossen sein, oder der Bus zur Schule passt zeitlich nicht zum Schulbeginn. Familien haben damit in vielen Fällen nicht die Möglichkeit, ihren Zeittakt selbst zu bestimmen. Sie sind von den Rahmenbedingungen vor Ort abhängig.

Die Familien in Rheinland-Pfalz müssen, wie überall in Deutschland, ebenfalls täglich Zeitkonflikte lösen. Die Zeitkonflikte berühren verschiedenste Bereiche des Alltags. Maßnahmen zur Lösung von Zeitkonflikten sind damit immer eine Querschnittsaufgabe und gehen über die „klassischen“ Felder der Familienpolitik hinaus.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz hat vor diesem Hintergrund die Prognos AG mit der vorliegenden Studie beauftragt. Sie soll

1. ggf. vorhandene Unterstützungsnetzwerke und ihre Strukturen/Rahmenbedingungen für Familien vor Ort aufbereiten und
2. Schlussfolgerungen für die Konzeptionierung und Weiterentwicklung von Vernetzungs- und Unterstützungsangeboten im Bereich Vereinbarkeit vor Ort erarbeiten.

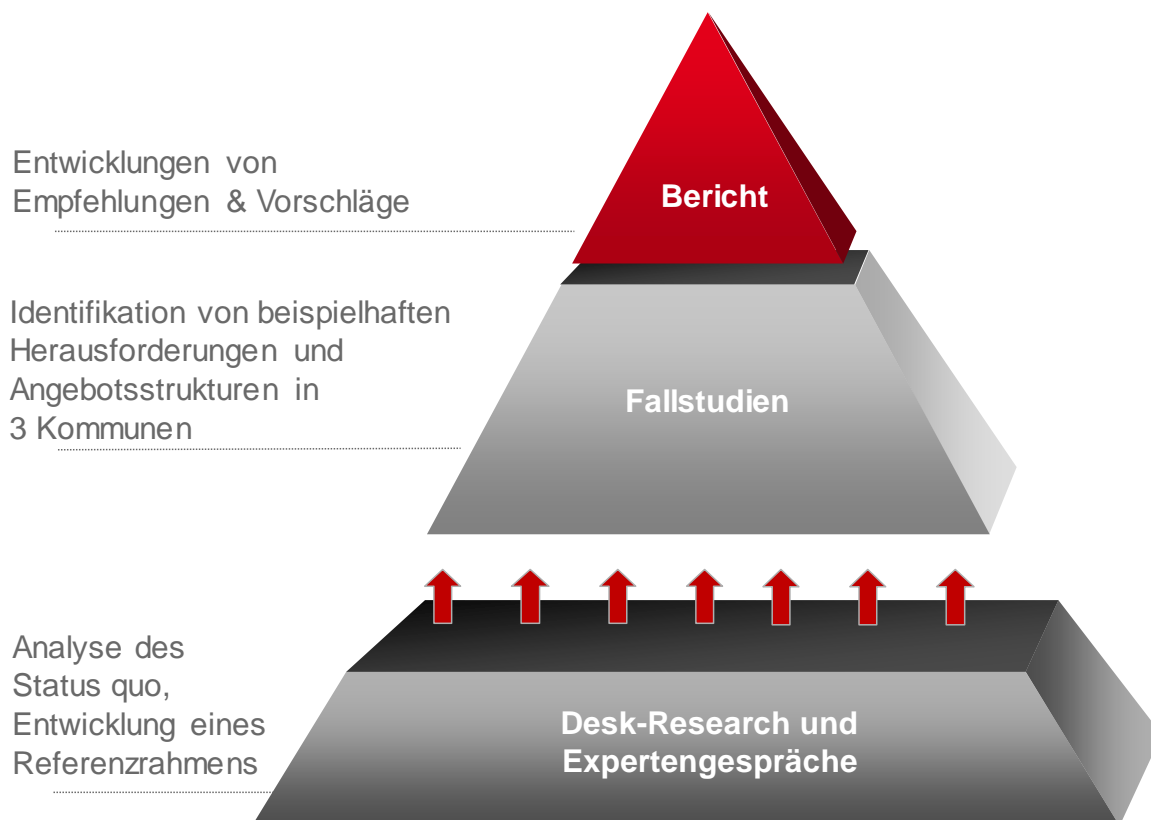
Die Grundlage des Berichts ist eine umfassende Literaturanalyse zu den Themen Zeitpolitik, Zeitbedarfe von Familien und der Initiierung von zeitpolitischen Maßnahmen. Darauf aufbauend wurden telefonische Expertengespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der

⁵ Vgl.: Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030.

Bundesagentur für Arbeit, einer Gleichstellungsstelle, dem Verband alleinerziehender Väter und Mütter, einem lokalen Bündnis für Familie, der Familienbildung und einem städtischen Planer von ÖPNV-Angeboten geführt.

In Absprache mit dem Auftraggeber wurden im Anschluss daran drei Kommunen ausgewählt, in denen beispielhaft die zeitlichen Herausforderungen der Familien skizziert wurden und gute Ansatzpunkte identifiziert wurden, wie man den zeitlichen Bedarfen z. B. mit gezielter Vernetzungsarbeit begegnet. Um die unterschiedlichen Situationen verschiedener kommunaler Verwaltungsformen abbilden zu können, wurden die Fallstudien in einer Verbandsgemeinde (Verbandsgemeinde Katzenelnbogen), einem Landkreis (Landkreis Trier-Saarburg) und einer Stadt (Stadt Ludwigshafen) durchgeführt. Aufbauend auf allen Ergebnissen wurden schließlich Empfehlungen erarbeitet, wie die zeitlichen Bedarfe der Familien strategisch in der Kommunalpolitik verankert werden können.

Abbildung 1-1: Studiendesign



Der Bericht ist folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel 2 wird auf Basis der Literatur beschrieben, welche zeitlichen Bedarfe Familien in Deutschland und Rheinland-Pfalz heute haben. Darüber hinaus wird erklärt, was unter einer Zeitpolitik für Familien verstanden wird und welche Handlungsfelder hier bestehen. Kapitel 3 gibt einen Überblick über die Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz, die einen Einfluss auf das Zeitbudget von Familien haben können. In Kapitel 4 werden die zeitlichen Bedarfe von Familien sowie Vernetzungsansätze und zeitpolitische Maßnahmen exemplarisch für drei Kommunen in Rheinland-Pfalz skizziert. Kapitel 5 stellt zusammenfassend die Ansätze für eine strategische Zeitpolitik in Rheinland-Pfalz vor, benennt wichtige Bausteine für die Umsetzung und mögliche unterstützende Maßnahmen der Landespolitik.



Hinweis: *Blaue Sprechblasen markieren im folgenden Text Zitate der befragten Personen, die einzelne Sachverhalte illustrieren. Aus datenschutzrechtlichen Gründen wird lediglich die berufliche Funktion der befragten Person genannt.*

2. Zeit für Familien – ein zentraler Faktor für die Politik

Spätestens mit der Veröffentlichung des 8. Familienberichts mit dem Titel „Zeit für Familien“ rücken die Zeitbedarfe und Zeitnotstände von Familien immer mehr in den Blickpunkt von Öffentlichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erstmals wird darin das familienpolitische Ziel formuliert, dass Eltern ausreichend „Zeit“ haben sollen:

„Familien brauchen Zeit für ein gelingendes Familienleben, das von Verantwortungsübernahme und gegenseitiger Fürsorge zwischen den Generationen geprägt und zugleich auch in wachsendem Maße mit der Ausübung eines Berufes verbunden ist. Notwendige verlässliche und flexible Zeitstrukturen für Familien werden im Alltag und – unterschiedlich ausgeprägt – im Lebensverlauf durch externe Institutionen und Taktgeber bestimmt.“⁶

Der Faktor „Zeit“ ist, neben den finanziellen Rahmenbedingungen oder einer familienfreundlichen Infrastruktur, ein zentraler Baustein moderner Familienpolitik geworden. Vor diesem Hintergrund wurden in den vergangenen Jahren auf Bundesebene verschiedene Initiativen gestartet, die Familien mehr Zeit verschaffen sollen. Dazu gehört z. B. das Modellprojekt „Kommunale Zeitpolitik“, in dem an fünf Modellstandorten die Einführung und Umsetzung einer koordinierten „Familienzeitpolitik“ gefördert, begleitet und analysiert wurde.

Die Zeitbedarfe von Menschen sind sehr verschieden und hängen von der Lebenssituation ab, in der sie sich befinden. Um den Faktor Zeit strategisch in politische Konzepte implementieren zu können, müssen die spezifischen Zeitbedarfe der Zielgruppe daher de-

⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin, S. XI.

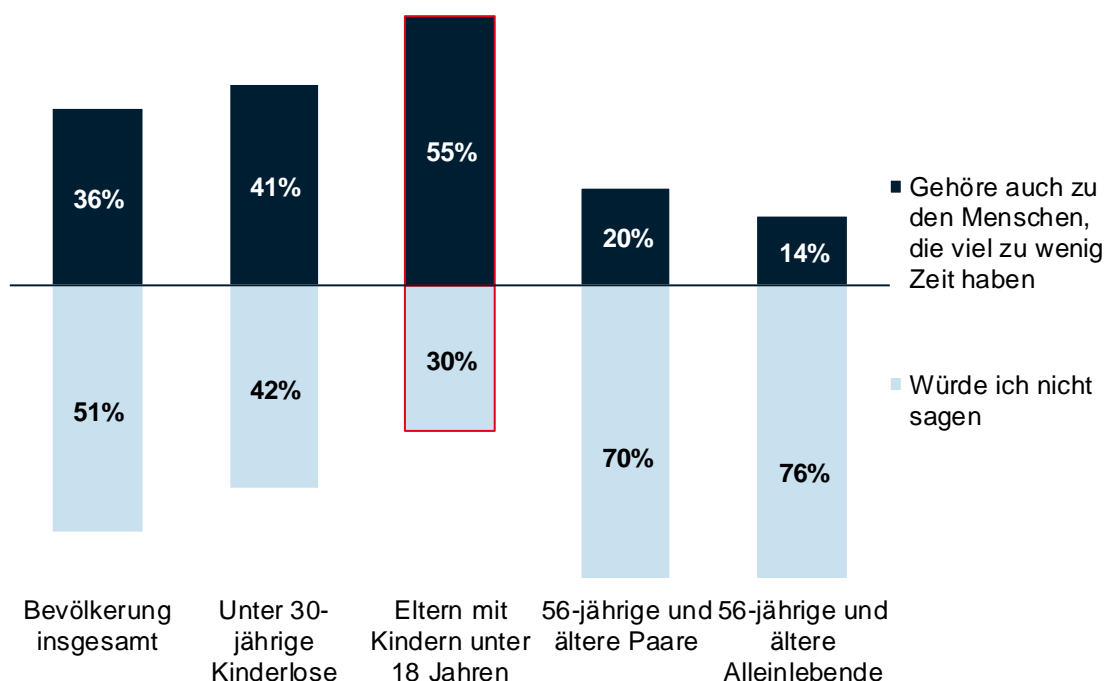
tailliert untersucht werden. Eine moderne Politik, die „Zeit für Familien“ strukturell berücksichtigt, nutzt nicht nur den Eltern. Studien zeigen, dass auch die Kinder, die Kommunen und die Gesellschaft insgesamt profitieren können.

2.1. Veränderte Zeitbedarfe der Familien

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Familienleben in vielen Bereichen gewandelt. Der demografische Wandel, die Digitalisierung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Wunsch nach partnerschaftlicher Aufgabeteilung beeinflussen das Familien- und Berufsleben nachhaltig. Väter und in zunehmendem Maße auch Mütter stehen vor der Herausforderung, Zeit für den Beruf, für die Familie und den Partner sowie Zeit für sich selbst miteinander zu koordinieren.

Die hohen familiär und beruflich bedingten Anforderungen an Eltern führen dazu, dass sie sich häufig gestresst und unter Druck fühlen. Studien zeigen, dass heute die Mehrheit der Eltern häufig unter Zeitdruck steht. Mehr als die Hälfte aller Mütter und Väter gibt an, viel zu wenig Zeit zu haben. Das weit verbreitete Gefühl von Zeitdruck unter den Eltern ist dabei nicht „normal“, entspricht also nicht der sonstigen Bevölkerung. Eltern mit Kindern geben an, so wenig Zeit zu haben wie keine andere Bevölkerungsgruppe in Deutschland.

Abbildung 2-1: Verbreitung von Zeitmangel in Deutschland



Quelle: Allensbacher Archiv (2014), AWA. Fehlende Angaben zu 100%: „Unentschieden“.

Zu kurz kommt insbesondere die Zeit für die eigene Familie: 79 Prozent der Väter und zwei Drittel der Mütter wünschen sich mehr Zeit für die eigene Familie.⁷

Zeitliche Belastungen im Alltag

Hohe zeitliche Belastungen können im Alltag zu Stress führen. In Rheinland-Pfalz haben 62 Prozent der Erwachsenen manchmal oder sogar häufig Stress. Bundesweit sind es 60 Prozent. Die Auslöser für Stress sind von Mensch zu Mensch sehr verschieden. Besonders häufig verursachen der Beruf oder hohe eigene Ansprüche Stress. Gerade bei Familien führen die fortlaufenden Bemühungen, Familie und Beruf zu vereinbaren, zu einem stressigen Alltag. Die originäre Zeit mit der Familie wird demgegenüber als Ausgleich empfunden. Zwei Drittel der Befragten einer aktuellen Studie geben an, dass sie gern Zeit mit der Familie verbringen, um Stress abzubauen.⁸

Abbildung 2-2: Stressursachen von Erwachsenen in Deutschland



Quelle: Die Techniker (2016): Entspann dich Deutschland. TK-Stressstudie 2016. Eigene Darstellung.

⁷ Vgl. Prognos AG (2015): Die Geforderte Generation – Ein Portrait der sozialen Mitte.

⁸ Vgl.: Die Techniker (2016): Entspann dich Deutschland. TK-Stressstudie 2016.

Wochentage werden insbesondere durch lange Arbeitstage zeitlich eingeschränkt. 41 Prozent der Väter arbeiten wöchentlich 45 Stunden oder mehr, aber nur 13 Prozent wollen tatsächlich in diesem Umfang arbeiten. Mütter sind immer häufiger in immer höheren Stundenumfängen erwerbstätig. 67 Prozent üben heute eine Erwerbstätigkeit aus. Vereinbarkeitsprobleme können insbesondere dann entstehen, wenn die Arbeitszeiten ungünstig liegen und nicht flexibel an die Bedarfe der Familien angepasst werden können. Mehr als ein Drittel der Eltern gibt derzeit an, dass sie Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben.⁹

Aber auch außerhalb der Arbeitszeit können Lebensbereiche die Zeit für die Familie knapp werden lassen. Die Hausarbeit belastet weiterhin – insbesondere bei den Müttern – stark das Zeitbudget. In Abhängigkeit vom Wohnort kann die tägliche Fahrt zur Arbeit ebenfalls zeitintensiv sein. Deutschlandweit pendelt fast jeder fünfte Erwerbstätige 25km oder mehr zur Arbeitsstelle¹⁰ – in ländlichen Regionen ist der Anteil sogar deutlich höher. Zeit geht dabei nicht allein durch lange Fahrtzeiten verloren, sondern z. B. auch durch eine schlechte Synchronisation von Arbeitszeiten, Öffnungszeiten und des Nahverkehrs.

2.2. Zeitpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe

Den Zeitkonflikten von Familien kann Politik mit zeitpolitischen Maßnahmen begegnen. Zeitpolitik ist ein breites Themenfeld, das weit über die klassische Familienpolitik hinausgeht: „Zeitpolitische Maßnahmen sind einzelne Ansätze, teilweise einzelner Akteure, die dazu beitragen, Familien zeitlich zu entlasten.“¹¹

Eine strategische Zeitpolitik erweitert damit das klassische Verständnis der Familienpolitik und adressiert verschiedenste politische Handlungsfelder. Zeitpolitik ist eine echte Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts betrifft. Politikfelder wie die Wirtschaftsförderung, Infrastrukturpolitik oder die Sozialpolitik haben schon jetzt einen großen Einfluss auf das Zeitbudget, ohne dass diese Auswirkungen bisher systematisch berücksichtigt und koordiniert werden.

⁹ Vgl.: Prognos AG (2016): Zukunftsreport Familie 2030.

¹⁰ Vgl.: Statistisches Bundesamt (2017): Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Entfernung, Zeitaufwand und benutztem Verkehrsmittel für den Hinweg zur Arbeitsstätte 2016.

¹¹ Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend (2014): Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ein Leitfaden für die Praxis: Familien unterstützen, Standorte sichern, Unternehmen fördern.

Zeitpolitik ist darüber hinaus eine Aufgabe, die alle politischen Ebenen betrifft: Eine übergeordnete Stellung hat dabei die Landespolitik. Das Land kann Initiator für zeitpolitisches Handeln sein. Hier liegt die Zuständigkeit für zentrale zeitpolitische Bereiche, wie z. B. die Bildungs-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Aktuelle Studien zeigen, dass sich zeitpolitisches Engagement der Länder auch fiskalisch auszahlen kann. Längere Betreuungszeiten können z. B. dazu führen, dass Eltern ihre Arbeitszeiten wunschgemäß ausweiten können. Schon bei einer Ausweitung der Arbeitszeit um eine Stunde, kommt dies dem Landeshaushalt mit 3,64 € zugute.¹²

Die Umsetzung zeitpolitischer Maßnahmen muss dabei in enger Verzahnung mit den Kommunen erfolgen, die den besten Überblick über die lokalen Strukturen, zentralen Akteure und Bedarfe der Familien haben. Die Handlungsfelder können von Kommune zu Kommune verschieden sein. In den vergangenen Jahren hat sich die Einteilung folgender Handlungsfelder etabliert¹³:

- **Zeiteffiziente Mobilität**
Z. B.: Anpassung der Zeittakte des ÖPNV an Bedarfe von Familien
- **Bedarfsgerechte Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur**
Z. B.: Planung und Durchführung ausreichender Ferienfreizeiten
- **Familienbewusste Arbeitswelt und Ausbildung**
Z. B.: Förderung von kommunalen Beratungsangeboten für Unternehmen
- **Erreichbare, flexible Gesundheitsangebote**
Z. B.: Absprache von Öffnungszeiten in Praxen, die auch berufstätige Eltern erreichen können
- **Flexible Bereitstellung von Dienstleistungen und Versorgung**
Z. B.: Haushaltsnahe Dienstleistungen fördern

¹² Vgl.: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2017): Kosten und Nutzen lokaler Familienzeitpolitik.

¹³ In Anlehnung an: Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend (2014): Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ein Leitfaden für die Praxis: Familien unterstützen, Standorte sichern, Unternehmen fördern. Teilweise wurden, auf Basis der Erfahrungen aus den Fallstudien, geringfügige Anpassungen gemacht und Beispiele ergänzt.

- **Bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung**

Z. B.: Service aus einer Hand

- **Familienorientierte Freizeitangebote**

Z. B.: Bürgerschaftliches Engagement strategisch einbeziehen

Die Liste der möglichen Handlungsfelder kommunaler Zeitpolitik für Familien ist nicht abgeschlossen. Sie richtet sich nach den vorhandenen Strukturen, Zielen und Bedarfen in den jeweiligen Regionen und kann erweitert oder gekürzt werden. Weitere mögliche Aufgabenfelder einer Zeitpolitik für Familien könnten auch die „Sicherheit im öffentlichen Raum“ sein, der Bereich „Stadtplanung, Stadtumbau“¹⁴ oder „städtische und regionale Planungsprozesse, die auf die Zeitgestaltung von Menschen Einfluss haben“¹⁵.

Ziele zeitpolitischer Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesregierung die „Erhöhung der Zeitsouveränität für Familien, eine bessere Synchronisation von Zeitstrukturen aller relevanten Institutionen, die Umverteilung von Zeit im Lebenslauf, zwischen Geschlechtern und Generationen und durch die Inanspruchnahme familienexterner Dienstleistungen sowie die Verbesserung von Zeitkompetenz“.¹⁶ Natürlich hat der Tag auch mit einer gelungenen Zeitpolitik nur 24 Stunden, aber Familien bekommen so die Chance, sie ihren eigenen Bedarfen entsprechend einzuteilen und unnötige Zeitfresser (wie z. B. Wartezeiten) zu vermeiden.

Zeitpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe

Da die Zeitpolitik über das klassische Feld der Familienpolitik hinausgeht, muss sie ressortübergreifend als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Kommune angelegt und umgesetzt werden. Zeitpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, alle Akteure für die zeitlichen Bedarfe der Familien zu sensibilisieren. Eine Beschränkung auf die Kinder- und Jugendhilfe ist für die erfolgreiche Umsetzung eines umfassenden zeitpolitischen Ansatzes nicht zielführend. Ein langfristiges Ziel sollte es sein, Zeitpolitik bei allen Vorhaben und Planungsprozessen zu berücksichtigen.

¹⁴ Die Stadt Aachen setzt z. B. eine strategische Familienzeitpolitik im Handlungsfeld Städtebau um, unterstützt mit Leitfäden den Planungsprozess und stellt einen Kriterienkatalog für den kinder- und familienfreundlichen Städtebau vor.

¹⁵ Vgl. auch: Mückenberger, Ulrich (2017): Kommunale Zeitpolitik für Familien. Gutachten im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen.

¹⁶ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht. Berlin, S. XII.

Zeitpolitik kann nur in Verbindung mit den Akteuren umgesetzt werden, die den täglichen Zeittakt der Familien bestimmen. Solche „Zeittaktgeber“ sind z. B. die Kitas. Ihre Öffnungszeiten, Ferienzeiten oder flexiblen Betreuungsangebote haben einen wesentlichen Einfluss auf die täglichen Routinen in den Familien. Sie bestimmen, wann die Kinder betreut werden können. Indirekt bestimmen sie damit z. T. auch über die Arbeitszeiten der Eltern. Weitere typische Zeittaktgeber sind der ÖPNV, die Arbeitgeber oder Schulen.

3. Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz: Heterogenität statt Ein- heitlichkeit

Das Zeitbudget von Familien, ihre Bedarfe und die regionalen Handlungsbedarfe werden maßgeblich von den strukturellen Rahmenbedingungen vor Ort beeinflusst. In diesem Kapitel wird, auf der Basis von bestehenden Daten und Studien sowie der Experteninterviews, ein Überblick über die Situation in Rheinland-Pfalz gegeben.

In Rheinland-Pfalz lebten im Jahr 2015 rund 4 Millionen Menschen, darunter rund 600 Tausend Familien. In den vergangenen zehn Jahren blieb die Bevölkerungszahl im Land konstant. Der demografische Wandel wird allerdings in Zukunft einen spürbaren Effekt auf die Bevölkerung des Landes haben. Prognosen des Landesamts für Statistik erwarten jedoch einen deutlichen Bevölkerungsrückgang. Bis 2060 soll die Bevölkerung um bis zu 900.000 Personen (im Vergleich mit 2013) schrumpfen.¹⁷

In Rheinland-Pfalz gibt es regional große Unterschiede. Viele Regionen, insbesondere im Westen und der Mitte des Landes, sind sehr ländlich geprägt und vergleichsweise dünn besiedelt. Im Eifelkreis Bitburg-Prüm leben z. B. durchschnittlich nur rund 60 Einwohner auf einem Quadratkilometer. Andere Regionen sind demgegenüber dichtbesiedelte Städte oder Metropolregionen. Die Landeshauptstadt Mainz ist mit 2.146 Einwohnern pro Quadratkilometer rund 36x dichter bewohnt, als der Eifelkreis Bitburg-Prüm.¹⁸

Mit der Bevölkerungsdichte verändern sich auch die Rahmenbedingungen für Familien und ihr Zeitbudget. Das Zeitbudget von Familien ist in vielen Bereichen eng mit

¹⁷ Vgl.: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.

¹⁸ Vgl.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regionalatlas Deutschland.

der lokalen Infrastruktur verknüpft. Arbeitsplätze, Kitas, Supermärkte etc. sind in der Stadt häufig schneller und mit geringerem Aufwand erreichbar. Dementsprechend sind die Rahmenbedingungen für das Zeitbudget von Familien in Rheinland-Pfalz nicht homogen, sondern unterscheiden sich von Region zu Region teils deutlich.

Mobilität

Die tägliche Fahrt zur Arbeit, dem Kindergarten, zur Schule, zum Einkaufen, zu Ärzten, zum Sport oder sonstigen Freizeitaktivitäten braucht Zeit. Je weiter diese Angebote vom Wohnort entfernt liegen, desto mehr Zeit müssen Familien dafür aufwenden. Der Zeitaufwand für Mobilität hängt aber auch stark davon ab, wie gut und reibungslos diese Angebote zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem Auto oder dem ÖPNV erreichbar sind. Insbesondere in ländlicheren Regionen wird das Zeitbudget der Familien aus der Sicht der befragten Expertinnen und Experten durch lange Wege, selten fahrende oder zeitlich schlecht mit den Angeboten abgestimmte Nahverkehrsmittel belastet.

Gerade in ländlichen Regionen ist das Auto für viele Familien das wichtigste Fortbewegungsmittel. Allerdings gibt es trotzdem einige Personengruppen, die auf den ÖPNV angewiesen sind oder auf das Auto verzichten wollen. Besonders betroffen sind z. B. auch Jugendliche.



„Wie sollen junge Menschen, die z. B. eine Ausbildung in einem Pflegeberuf machen wollen, morgens um 5 oder halb 6 auf der Arbeit sein? Die wohnen im Dorf, hätten die Chance einen Arbeitsplatz in einem einige Kilometer entfernten Ort zu bekommen – da gibt es keine Chance, hinzukommen.“

(Netzwerk-Koordinatorin)

Weitere Probleme können entstehen, wenn der Nahverkehr nicht gut mit den Schulen, Arbeitsplätzen, Kindergärten, o.Ä. abgestimmt ist. Die befragten Interviewpartnerinnen und -partner geben an, dass sich die Planer mit den Kindertagesstätten und Schulen abstimmen. Schulen und Kitas richten in diesen Fällen ihre Öffnungszeiten auf das Verkehrsangebot hin aus. Gleichzeitig besteht aber auch das Problem, dass die Bedarfe der Kinder und Eltern so verschieden sind, dass in den ländlichen Regionen kein effizient ausgelastetes Angebot mit einer engen Taktung der Busse erreicht werden kann. Insbesondere Eltern mit Kindern aus Kindertagesstätten bringen ihre Kinder zu sehr verschiedenen Zeiten zur Tagesstätte.



„Was den schulischen Bereich betrifft, können wir das sehr gut abdecken. Die Kindergartenzeit ist für die Familien wahrscheinlich ein größeres Problem. Hier ist dieses differenzierte Zeitmanagement, was die Familien haben, nicht leistbar.“

(Mitarbeiter Verwaltung, u.a. Schwerpunkt Verkehr)


Fälle, in denen die Mobilitätsangebote auch mit Arbeitgebern abgestimmt wurden, bspw. in Abhängigkeit von Schichtbeginn und Schichtende, sind im Rahmen der Studie nicht identifiziert worden.

Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur

Die Verfügbarkeit von bedarfsgerechten Betreuungsangeboten für die Kinder hat einen großen Einfluss auf die Zeit von Eltern. Um die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten zu fördern, wurde in Rheinland-Pfalz zum August 2010 ein Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Besuch eines wohnortnahen Kindergartens geschaffen. Davon profitieren alle Eltern mit Kindern ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr. Ab dem dritten Lebensjahr besuchen nahezu alle Kinder in Rheinland-Pfalz (97 %) eine Kindertagesbetreuung. Jüngere Kinder im Alter von unter drei Jahren wurden im Jahr 2016 zu 29,9 Prozent in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege betreut. Die Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren liegt damit über der Quote anderer westdeutscher Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg, aber deutlich hinter den ostdeutschen Ländern. Innerhalb von Rheinland-Pfalz sind die Betreuungsquoten zwischen den Regionen ebenfalls verschieden: Städte wie Trier, Mainz und Speyer weisen im U3-Bereich Betreuungsquoten von 30 Prozent und höher aus, in Landkreisen wie der Vulkaneifel oder Bitburg-Prüm liegt sie bei rund 25 bis 26 Prozent.¹⁹

Durch die relativ großen regionalen Unterschiede sind die Voraussetzungen für Familien dementsprechend ebenfalls abhängig von ihrem Wohnort. Die interviewten Expertinnen und Experten weisen einheitlich auf das spürbare „Stadt-Land-Gefälle“ in Rheinland-Pfalz bei der Betreuungsinfrastruktur für Familien mit Kindern im U3-Bereich hin:


¹⁹ Vgl.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Kindertagesbetreuung regional 2016.

 „Wir haben ein relativ deutliches Stadt-Land-Gefälle, d. h. in den Städten ist es relativ gut organisiert mit der Kinderbetreuung. Auch so, dass die Eltern auch Zeit haben, um sich existenzsichernde Arbeit zu suchen. Die Ganztagsbetreuung sieht hier ganz gut aus. In den Landkreisen, die weitläufiger sind, [...] da gibt's ganz andere Probleme: Da gibt es – vielleicht – noch flächendeckende Betreuungsangebote, aber die Menschen kommen nicht zu diesen Betreuungsangeboten; weil die Wege zu weit sind, weil sie nicht mobil sind, weil der ÖPNV die Zeiten nicht abdeckt, usw. Da sind wir noch ganz am Anfang.“

(Mitarbeiterin Verband, u.a. Schwerpunkt Kinderbetreuung)

Insgesamt zeigt sich in Rheinland-Pfalz jedoch aus der Sicht der Befragten, dass die Betreuungsbedarfe von Kindern im Vorschulbereich immer besser gedeckt werden.

Aus Sicht einiger Expertinnen und Experten könnte eine Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Kindertagespflege einen Beitrag leisten, ergänzend zu den Kindertagesstätten, die Betreuungsbedarfe der Familien zu decken. Zurzeit ist es z. B. nicht gestattet, dass sich Tagespflegepersonal zu Großtagespflegestellen zusammenschließt oder in den Räumen von Kindertagesstätten tätig ist.

 „Klar ist, dass man natürlich gerne möchte, dass die Kinder von ausgebildeten Erziehern betreut werden. Das Tagespflegepersonal hat eben nicht die vergleichbare Qualifikation. [...] Ich denke aber für den Notfall und Randzeiten oder Großpflegestellen, wo mehrere Tagesmütter sich zusammenschließen können, wäre das eine gute Lösung und ein Kompromiss.“

(Mitarbeiterin Verwaltung, Schwerpunkt Chancengleichheit)

Insbesondere für Eltern mit weiten Pendelwegen zwischen dem eigenen Zuhause und dem Arbeitsplatz sind Kita-Öffnungszeiten über die Regelöffnungszeiten von 8 bis 16 Uhr hinaus wichtig. Denn zu ihrem beruflich bedingten Betreuungsbedarf müssen auch die Pendelzeiten von der Betreuung abgedeckt werden. Tatsächlich werden die Randzeiten aber weiterhin vergleichsweise selten von den Kitas abgedeckt. Ein Hinweis, wie selten erweiterte Öffnungszeiten angeboten werden, bietet auch ein Blick in die Datenbank zu den geförderten Standorten des Bundesprogramms KitaPlus. Tatsächlich werden in

Rheinland-Pfalz nur zwei Standorte mit erweiterten Öffnungszeiten durch das Bundesprogramm gefördert – so wenig wie in keinem anderen Bundesland, mit Ausnahme des Saarlandes (ebenfalls zwei Standorte) und Bremen (ein Standort).

Das hat sehr verschiedene Gründe: Vertreterinnen und Vertreter von Kitas berichten, dass ihre Einrichtungen grundsätzlich zu flexibleren und längeren Öffnungszeiten bereit seien. Allerdings fehle es häufig an Personal, das die Randzeiten abdecken könne und bereit sei, z. B. morgens um 6 Uhr zu arbeiten. Darüber hinaus wird berichtet, dass die Bedarfe der Eltern sehr verschieden seien und in der Praxis nur sehr wenige Eltern die längeren Öffnungszeiten in Anspruch nähmen. Trotzdem müssten die Kitas sicherstellen, dass mindestens zwei Erzieherinnen oder Erzieher anwesend sind. Damit könne häufig kein effizientes Modell für die Öffnungszeiten gefunden werden.

Probleme gibt es flächendeckend auch in den Ferienzeiten. Die Ferienzeiten in den Schulen und die Schließzeiten der Kitas können häufig nicht von den Eltern mit Urlaubstagen abgedeckt werden. Familien ohne (familiäre) Netzwerke vor Ort haben einen großen Bedarf an Ferienbetreuungen. Dazu gibt es in vielen Regionen unterschiedlichste Anbieter mit (z. T. kostenlosen) Ferienangeboten. Die befragten Expertinnen und Experten wiesen allerdings darauf hin, dass der familiäre Bedarf das Angebot in der Regel übersteigt.

Personengruppen, die häufig besonders hohe Bedarfe und Anforderungen an die lokale Betreuungsinfrastruktur haben, sind auch die Zugezogenen. Sie haben in den meisten Fällen vor Ort noch kein (familiäres) Netzwerk aufgebaut, das bei Betreuungsbedarfen flexibel einspringen kann. Schichtarbeitende haben nach der Einschätzung vieler Befragter ebenfalls häufig Probleme, passende Betreuungsangebote zu finden.

Arbeitswelt und Ausbildung

Familienfreundliche Maßnahmen und die Berücksichtigung von den besonderen Zeitproblemen von Familien haben in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert in den Unternehmen in Rheinland-Pfalz bekommen. Initiativen zu Maßnahmen im zeitpolitischen Bereich gehen sogar in vielen Fällen direkt von den Unternehmen aus. Unternehmen stehen immer häufiger unter Handlungsdruck und müssen auf die Bedarfe reagieren, um Personal finden zu können, es zu halten, oder einfach, um genügend Personal für den täglichen Betrieb zu haben.



„Also hier merke ich, dass das in erster Linie von den Unternehmen ausgeht. Ich hatte Gespräche mit Personalern, die sagen: In den Sommerferien haben die einfach kein Personal mehr. Die Kinder haben im Jahr 12 Wochen Schulferien, so viel Urlaub hat aber kein Mensch.“

(Netzwerk-Koordinatorin)

Insbesondere größere Unternehmen haben die Ressourcen und das Know-how, um passende Angebote zu entwickeln und umzusetzen, bis hin zu eigenen Betriebskindergärten. Größere Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind aus Sicht der befragten Interviewpartner in der Regel bereits vergleichsweise gut vorbereitet und haben ein breites Portfolio an Maßnahmen, die sie ihren Mitarbeitern anbieten können.

Anders sieht die Situation häufig noch in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) aus. Obwohl das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ vor Ort häufig schon seit einigen Jahren in verschiedenen Arbeitskreisen, Lokalen Bündnissen etc. bearbeitet wird, konnten die KMU bisher vergleichsweise schlecht erreicht werden.

Aus der Sicht der befragten Interviewpartner und -partnerinnen fehlt gerade in den KMU eine Strategie und Struktur, um gezielt auf die Bedarfe der Familien einzugehen. Das liegt z. T. auch daran, dass sich KMU meistens mit Einzelfalllösungen helfen können. Möglicherweise ist aber der gefühlte Handlungsdruck in den Regionen bei den KMUs noch nicht groß genug, sodass die teils gut vorhandenen lokalen Angebote, nicht in Anspruch genommen werden oder schlicht nicht bekannt sind.



„Ich komme mir manchmal vor wie der Prophet im eigenen Lande. Die haben ja durchaus strategische Möglichkeiten, aber die rufen die Angebote ja nicht ab. Ein Unternehmer braucht sich nicht die Arbeit machen, dass er sich jetzt hier schlau macht, welche Betreuungsmöglichkeiten es vielleicht für einen Mitarbeiter, der zugezogen ist und keine Familienstruktur hat, gibt.“

(Netzwerk-Koordinatorin)

Insgesamt wächst mit dem zunehmenden Fachkräftemangel in den Regionen auch die Sensibilität für das Thema. Die Diskussionsbereitschaft vieler Unternehmen ist in den letzten Jahren gestiegen. Es besteht die Hoffnung, durch familienfreundliche Maßnahmen und Angebote attraktiv für Fachkräfte zu werden. Allerdings engagieren sich Unternehmen z. T. nur dann, wenn es um das Ziel der Personalgewinnung geht.

Erreichbare, flexible Gesundheitsangebote

Wie in vielen ländlichen Regionen in Deutschland, sind auch in einigen Regionen in Rheinland-Pfalz die Wege zu den (Kinder-)Ärzten häufig lang. Insgesamt gibt es in Rheinland-Pfalz 6,6 Kinderärzte pro 100.000 Einwohner. Damit liegt man unter dem Bundesdurchschnitt (7,7 Ärzte), nur in Bayern, Brandenburg und Niedersachsen ist Kinderärztdichte gleichhoch oder darunter.²⁰ Außerdem sind die Sprechzeiten der Kinderärzte für erwerbstätige Eltern z. T. nur schwer wahrnehmbar.

Weitere zeitpolitische Handlungsfelder

Vergleichsweise selten sehen die Interviewpartnerinnen und -partner Handlungsbedarf im Bereich von familienorientierten Freizeitangeboten, der flexiblen Bereitstellung von Dienstleistungen und Versorgung und einer bürgernahen und serviceorientierten Verwaltung oder.

Auf Nachfrage hin wurde für das Handlungsfeld der Freizeitangebote in der Regel darauf hingewiesen, dass genügend Optionen für Familien und insbesondere Kinder vor Ort bestehen. Problematisch sind hier allerdings vereinzelt die wenig familienfreundlichen Öffnungszeiten.



„Die [Angebote] sind nicht zu den Zeiten verfügbar, wo ich dahin fahren kann. Ich habe verzweifelt versucht einen Schwimmkurs zu finden. Es war keiner zu finden, weder am späteren Nachmittag oder vielleicht auch samstags.“

(Mutter)

Außerdem bieten viele Verwaltungen in Kommunen bereits familienfreundlichere Öffnungszeiten an. Möglich ist auch, dass Familien bereits flächendeckend Routinen entwickelt haben, wie sie, z. B. über Online-Angebote, fehlende oder nicht erreichbare Dienstleistungen vor Ort ausgleichen können.

²⁰ Quelle: Schulz M, Hering R, Bätzing-Feigenbaum J, Mangiapane S, v Stillfried D. Vertragsärzte und -psychotherapeuten je 100.000 Einwohner (nach Arztgruppen) - Update 2011/2012. Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland (Zi). Versorgungsatlas-Bericht Nr. 14/01. Berlin 2014.

4. Blick in die Kommunen: Herausforderungen und Handlungsansätze

Die Rahmenbedingungen für Familien in Rheinland-Pfalz unterscheiden sich von Region zu Region. Städte wie Mainz oder Ludwigshafen weisen z. B. andere infrastrukturelle Voraussetzungen auf als sehr ländlich geprägte Kommunen. Dementsprechend unterschiedlich sind auch die zeitlichen Bedarfe der Familien und die Herausforderungen, vor denen Kommunen stehen.

Im folgenden Kapitel wird ein Blick in drei Kommunen des Landes geworfen: die Verbandsgemeinde Katzenelnbogen, den Landkreis Trier-Saarburg und die Stadt Ludwigshafen. Exemplarisch werden anhand dieser drei Kommunen die Rahmenbedingungen vor Ort beschrieben, Herausforderungen für das Zeitbudget von Familien geschildert, Herausforderungen für Zeittaktgeber genannt und beispielhaft gezeigt, welche Netzwerke und Angebote initiiert wurden, um den Bedarfen zu begegnen. In allen Kommunen wurden vor Ort in leitfadengestützten Interviews, Gruppendiskussionen und z. T. auch telefonisch und schriftlich mit drei Personengruppen gesprochen:

- **Politische Entscheidungsträger:** Politische Entscheidungsträger spielen bei der Umsetzung zeitpolitischer Maßnahmen eine zentrale Rolle (vgl. auch Kapitel 5). Im Rahmen der Fallstudien wurden Bürgermeister, ein Landrat und Sozialdezernenten befragt.
- **Vertreterinnen und Vertreter von Familien:** Um Hinweise auf die Zeitbedarfe von Familien erfahren zu können, wurden Personen befragt, die Einblick in die Bedarfe von Familien haben, z. B. Elternvertreter, Leiterinnen und Leiter von Familieneinrichtungen etc.
- **Zeittaktgeber:** Schließlich wurden auch Zeittaktgeber befragt, insbesondere Arbeitgeber, die Wirtschaftsförderung und Kitas.

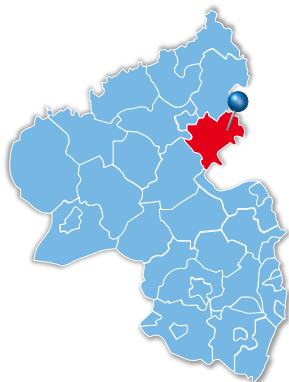
Methodischer Ansatz und Limitationen

Insgesamt ging es darum, ein möglichst großes Akteursspektrum abzudecken, um möglichst die vielfältigen Bedarfe und Ansätze in den Kommunen zu zeigen. Die Durchführung von Fallbeispielen ist in der qualitativen Sozialforschung weit verbreitet. Die gewählten Fallbeispiele sind damit nicht repräsentativ für die Situation in Rheinland-Pfalz insgesamt. Ihre Funktion besteht vielmehr darin, in dem noch weitgehend unerforschten Bereich der kommunalen Zeitpolitik Hinweise auf die verschiedenen Bedarfe und Ansatzpunkte zu geben. Insofern können die Fallstudien als Vorstudie für eine mögliche weitergehende Untersuchung fungieren.

4.1. Fallbeispiel 1: Katzenelnbogen

Rahmendaten der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen	
Gebietskörperschaft:	Verbandsgemeinde
Einwohnerzahl:	2015: 9.249 2005: 9.657
Einwohner je km²:	89
Demografische Lage (auf Basis des Prognos Zukunftsatlas):	<ul style="list-style-type: none">- gehört zum Landkreis Rhein-Lahn- dem Landkreis werden für die Zukunft ausgeglichene Chancen/Risiken bescheinigt- Demografie: Rang 219 von 402
Regionale Besonderheiten:	<ul style="list-style-type: none">- ländlich geprägt- im Einzugsgebiet des Rhein-Main-Gebiets

Ausgangslage



Die Verbandsgemeinde Katzenelnbogen liegt im Osten des Landes. Sie besteht aus 21 Gemeinden mit ca. 100 bis 2.200 Einwohnerinnen und Einwohnern. Zwischen 2005 und 2015 ist die Einwohnerzahl leicht um 4 Prozent gesunken.

Die Verbandsgemeinde ist ländlich geprägt, mit teils größeren Wegen zwischen den einzelnen Gemeinden. Infrastruktur, wie Einkaufsmöglichkeiten und Schulen, befindet sich vor allem in der Gemeinde Katzenelnbogen. Die Verbandsgemeinde befindet sich im Einzugsbereich des Rhein-Main-Gebiets. Dementsprechend hoch sind häufig Anfahrtswege und Pendelzeiten.

Aus Sicht der politischen Entscheidungsträger vor Ort ist „Familienfreundlichkeit“ ein wichtiges lokalpolitisches Ziel, dem eine hohe Priorität zugewiesen wird. Wichtige politische Akteure, wie der Verbandbürgermeister, engagieren sich persönlich.

Vorteilhaft ist, dass die Ortsgemeinden die Zuständigkeit für dieses Thema auf die Verbandsgemeinde übertragen haben. Durch die zentrale Zuständigkeit wurden Abstimmungsprozesse vereinfacht und dem Thema eine höhere Priorität gegeben. Gegenüber anderen Verbandsgemeinden sieht man sich hier im Vorteil: Oft sind die Ortsgemeinden jeweils für das Thema Familienfreundlichkeit und Vereinbarkeit zuständig. Hier können Doppelstrukturen entstehen und Abstimmungsprozesse erschwert werden. In Katzenelnbogen können so z. B. ein Vertretungspersonalpool für Kitas aufgebaut werden.

Auswahl lokaler Herausforderungen für das Zeitbudget von Familien in Katzenelnbogen

Mobilität

- *Pendelzeiten:* Die Verbandsgemeinde liegt im Einzugsbereich des Rhein-Main-Gebiets. Einige Eltern haben lange Pendelzeiten, durch die Zeit verloren geht. Lange Pendelzeiten können außerdem dazu führen, dass die Regelöffnungszeiten der Kitas nicht lang genug sind, um den Betreuungsbedarf zu decken.
- *Sonstige Wegzeiten:* Neben den Fahrten zur Arbeit sind die Wege zwischen den Ortsgemeinden z. T. weit. Damit fallen auch für die Fahrten zur Kita, Schule, für Einkäufe etc. Wegzeiten an.
- *ÖPNV:* Die zur Verbandsgemeinde gehörenden Gemeinden haben z. T. nur wenige Einwohner. Entsprechend der relativ geringen Nachfrage ist auch die Busverbindung in andere Gemeinden relativ selten, ein Bahnhof existiert nicht. Eltern (und ältere Menschen) ohne Auto stellt dies vor Probleme. Grundsätzlich ist jedoch das Auto das mit Abstand wichtigste Verkehrsmittel.

Besonders betroffene Personengruppen:

Familien ohne Auto, Jugendliche

Betreuung

- *Öffnungszeiten und Randzeiten:* Individuell verschiedene Bedarfe der Eltern, z. B. bedingt durch Schichtarbeit oder Pendelzeiten, stellen insbesondere die Betreuung der Randzeiten vor Herausforderungen. Schließzeiten um 14 Uhr stellen selbst teilzeiterwerbstätige Eltern vor Probleme. Die Betreuungszeiten werden als relativ starr erlebt.
- *Ferien:* Die Ferienzeiten werden meistens nicht vollständig durch die Regelbetreuung abgedeckt. Es existieren Ferienangebote verschiedenster Träger, die jedoch z. T. schwer auffindbar sind.
- *Brückentage:* Vor ähnliche Herausforderungen werden Eltern auch bei Brückentagen gestellt, an denen Kinder nicht in die Kita oder Schule gehen. Da die Brückentage in der Region nicht identisch zeitlich geplant werden, müssen Eltern mit mehreren Kindern z. T. auf die Brückentage unterschiedlicher Schulen, Kitas etc. Rücksicht nehmen und hier Betreuungsalternativen finden.

Besonders betroffene Personengruppen:

Zugezogene ohne Familie vor Ort, die Betreuung übernehmen kann

Arbeitswelt

- *Familienfreundlichkeit:* Einige Arbeitgeber berücksichtigen bereits die Herausforderungen, vor denen viele Eltern in Katzenelnbogen stehen. Trotzdem gibt es noch immer Arbeitgeber, die wenig Verständnis für die Zeitkonflikte der Eltern zeigen.
- *Unflexible Arbeitszeiten und Schichtdienste:* Abhängig von der Situation im Betrieb können unflexible Arbeitszeiten und insbesondere Schichtdienste dazu führen, dass Betreuungslücken entstehen, die nicht von den Regelöffnungszeiten der Kitas abgedeckt werden.
- *Krankheit des Kindes:* Kranke Kinder können in der Regel nicht in die Kita oder Schule und müssen betreut werden. Wenn keine Großeltern, Nachbarn, o.Ä. Zeit haben, bleiben die Eltern zuhause. Dafür brauchen Eltern flexible und verständnisvolle Arbeitgeber.

Freizeitangebote	<ul style="list-style-type: none"> ➤ <i>Zu den Zeittakten der Eltern passende Angebote:</i> Freizeitangebote sind zwar vorhanden, allerdings passen die Öffnungszeiten von Schwimmbädern, musikalische Früherziehung, Krabbelgruppen u. Ä. nicht immer zu den Zeittakten der Eltern.
Gesundheitsangebote	<ul style="list-style-type: none"> ➤ <i>Wenig Kinderärzte, Hausärzte, Augenärzte, etc.:</i> Eltern nehmen einen Ärztemangel vor Ort wahr. Dadurch haben sie z. T. außerordentlich weite Wege bis zum nächsten Arzt. ➤ <i>Öffnungszeiten:</i> Die Öffnungszeiten der Kinderärzte passen teilweise nicht zu den Zeittakten der Eltern.

Herausforderungen für Zeittaktgeber

Arbeitgeber:

Unternehmen in der Region sind zunehmend daran interessiert, Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die sie bei dem Umgang mit den zeitlichen Bedarfen ihrer Mitarbeiter unterstützen. Vor Ort gibt es u. a. viele Unternehmen mit Schichtarbeit und hohen Frauenanteilen (u. a. Kliniken). Solche Unternehmen haben z. B. Probleme, ausreichend Mitarbeitende in den Ferienzeiten im Betrieb zu haben.

Kleine und mittelständische Unternehmen haben große Probleme, strategische Maßnahmen zu entwickeln, die die zeitlichen Ressourcen der Mitarbeiter entlasten. Insgesamt ist „Familienfreundlichkeit“ ein großes und wichtiges Thema in der Region. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen haben allerdings wenig Erfahrung in der Umsetzung passender Maßnahmen und fühlen sich z. B. durch komplexe Vorgaben und Regeln überfordert.

Im Rahmen der Arbeit einer ESF-geförderten Koordinierungsstelle „Familie und Beruf“ zeigte sich, dass es für KMU fast unmöglich ist, ohne Unterstützung Themen wie eine betriebliche Betreuungsinfrastruktur anzugehen. Ein Schwerpunkt des Projekts war die Schaffung betriebsnaher Betreuungsplätze durch die Kindertagespflege für Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitenden. Es fehlen sowohl die personellen, als auch die finanziellen Ressourcen.

Kitas und Schulen:

Die Betreuungsbedarfe der Eltern bei den Randzeiten sind sehr verschieden und z. T. schwer miteinander zu vereinbaren. Bedarfsabfragen in Betreuungseinrichtungen, zu welchen Zeiten die Eltern Betreuungsbedarfe haben, werden z. T. als wenig zielführend erlebt, da diese Eltern bereits in der Regel Arrangements gefunden haben, wie ihr Kind auch außerhalb der Regelöffnungszeiten betreut werden kann. Außerdem wird aus den Kitas berichtet, dass Versuche, die Randzeiten mit abzudecken, an geringen Teilnehmerzahlen scheiterten.

Gute Beispiele für Vernetzungsstrukturen und Abstimmungsprozesse

„Familie sind wir!“:

Im Rahmen der Koordinierungsstelle „Familie und Beruf“ wurde in Katzenelnbogen die Servicestelle „Familie sind wir!“ geschaffen. Seit dem Jahr 2017 wird die Servicestelle durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz gefördert. Teil des Netzwerkes sind kommunale Akteure (z. B. die Verbandsgemeinde, die Wirtschaftsförderung oder das Jugendamt) und kleine und mittelständische Unternehmen. Darüber hinaus sind auch, im Gegensatz zu ähnlichen ESF-geförderten Projekten, große Unternehmen Teil des Netzwerkes. Diese Unternehmen dienen im Netzwerk als „Zugpferde“ und verfügen in der Regel über bessere Erfahrungen und Ressourcen zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

Teil des Projektes sind Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote. Diese richten sich an

- Eltern (z. B. zu Betreuungsangeboten oder Wiedereinstiegsberatung),
- Unternehmen (z. B. Ferienbetreuung, Vermittlung von Tagespflegepersonal),
- Tagesmütter (z. B. Vermittlung von Anfragen).

Das Netzwerk ist sehr aktiv und hat großen Zulauf. Es wurden diverse weitere Angebote geschaffen, wie z. B. das „Einricher Zwergenland“ (s. u.) oder ein Kalender, der die verschiedenen Ferienfreizeiten in der Region auflistet. Für alle Ferienzeiten stehen den Eltern heute Angebote zur Verfügung.

Gute Beispiele für konkrete familienfreundliche Maßnahmen in Katzenelnbogen

„Einricher Zwergenland“:

Im Rahmen des Netzwerks „Familie sind wir!“ wurde die Kindertagespflegestelle „Einricher Zwergenland“, mit finanzieller Unterstützung von lokalen Betrieben und der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen gegründet. Die Organisation des Angebots erfolgt über die Verbandsgemeinde Katzenelnbogen. Es wurden Räume angemietet und Tagespflegepersonal eingestellt.

Ziel des Zwergenlands ist es, ein langfristig gesichertes Betreuungsangebot für die individuellen Bedarfe der Eltern in der Region vorzuhalten. Kinder können auch im Anschluss an die Betreuung in einer Kindertagesstätte flexibel im Zwergenland weiterbetreut werden.

Das Einricher Zwergenland dient auch als Blaupause für Unternehmen in der Region, die ähnliche Modelle umsetzen wollen. Der Vorteil dieses Projekts ist, dass die Verbandsgemeinde sehr genaue Informationen über Kosten und Rahmenbedingungen für ein solches Modell vor Ort gesammelt hat. Bei Bedarf von weiteren Unternehmen setzt die Verbandsgemeinde für die Betriebe ein Angebot nach dem Muster „Zwergenland“ um.

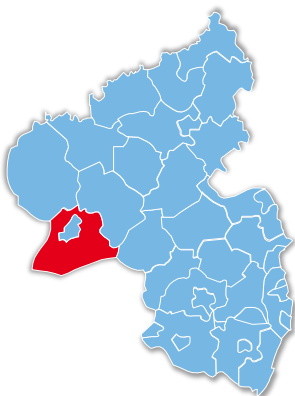
„Einrichbus“:

Die Verbandsgemeinde hat einen Bürgerbus-Service eingerichtet und in diesem Rahmen zwei Busse gekauft. Die Mobilitätszentrale wurde an die Verwaltung angedockt. Der Bürgerbus fährt ausschließlich ergänzend zum Angebot des ÖPNV. Die Tarife sind identisch zum öffentlichen Busverkehr vor Ort. Hinzu kommen ggfs. Aufschläge für Fahrten „von Tür zu Tür“. Das Angebot wird z. Z. gut angenommen und soll auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden.

4.2. Fallbeispiel 2: Trier-Saarburg

Rahmendaten des Landkreises Trier-Saarburg	
Gebietskörperschaft:	Landkreis
Einwohnerzahl:	2015: 147.999 2005: 139.932
Einwohner je km²:	134
Demografische Lage (auf Basis des Prognos Zukunftsatlas):	- dem Landkreis werden für die Zukunft ausgeglichene Chancen/Risiken bescheinigt - Demografie: Rang 269 von 402
Regionale Besonderheiten:	- ländlich geprägt - Nähe zu Luxemburg - Slogan: „Landkreis Trier-Saarburg - Gut für Familien“

Ausgangslage



Der Landkreis Trier-Saarburg liegt im Westen von Rheinland-Pfalz. Er grenzt im Süden an das Saarland und im Westen an Luxemburg. Der Sitz der Kreisverwaltung befindet sich in der kreisfreien Stadt Trier, die vollständig vom Landkreis umgeben ist, selbst aber nicht zum Landkreis gehört.

Dem Landkreis Trier-Saarburg gehören sieben Verbandsgemeinden mit vier Städten und 100 Gemeinden an. Die kleinste Gemeinde zählte 2015 gerade einmal 73 Einwohner und Einwohnerinnen. Die bevölkerungsreichste Kommune ist die Stadt Konz mit 17.966 Einwohnerinnen und Einwohnern. Innerhalb des Landkreises befinden sich sowohl wachsende als auch schrumpfende Regionen. Insgesamt hatte der Landkreis 2015 147.999 Einwohner

und Einwohnerinnen und ist damit im Vergleich zu 2005 um rund 6 Prozent gewachsen.

Das Wachstum wird vor allem der Nähe zu Luxemburg zugeschrieben. Der Zuzug von Familien, die in Luxemburg arbeiten, bringt einige Besonderheiten mit sich: Einige Kinder besuchen z. B. eine Kindertagesstätte in Trier-Saarburg, da die Betreuung dort im Gegensatz zu Luxemburg kostenlos ist. In diesem Zusammenhang wird in einigen Regionen ein Bedarf an mehrsprachigem Personal geäußert. Ältere Kinder besuchen wiederum teilweise Schulen in Luxemburg. Zudem besteht eine hohe Nachfrage nach Bussen zwischen dem Kreis und Luxemburg, da Stellplätze in Luxemburg knapp und kostspielig sind. Auch wenn die Zugezogenen die Einwohnerzahl erhöhen, verbringen sie doch einen Großteil der Zeit nicht im Landkreis Trier-Saarburg, sondern in Luxemburg.

„Familienfreundlichkeit“ ist für die Politik im Landkreis ein wichtiges und zentrales Thema. Das zeigt sich auch im eigenen Slogan „Landkreis Trier-Saarburg – Gut für Familien“. Der Landkreis nutzt damit das Thema Familienfreundlichkeit und familienfreundliche Maßnahme gezielt als Alleinstellungsmerkmal, um Werbung für den eigenen Landkreis zu machen. Politische Entscheidungsträger, wie der Landrat, setzen sich öffentlich und persönlich für dieses Thema ein.

Auswahl lokaler Herausforderungen für das Zeitbudget von Familien in Trier-Saarburg

Mobilität

- *Pendelzeiten:* Viele Eltern pendeln nach Luxemburg oder nach Trier, dadurch entstehen zum Teil sehr lange Pendelzeiten. Dies kann dazu führen, dass die Regelöffnungszeiten der Kitas nicht lang genug sind, um den Betreuungsbedarf zu decken. Auch junge Menschen müssen oft längere Wege zur Ausbildungsstätte auf sich nehmen.
- *Sonstige Wegzeiten:* Der Abbau von Filialen, z. B. bei Krankenkassen und Sparkassen, führt dazu, dass Menschen, die ihre Geschäfte nicht online tätigen (können), lange Wege auf sich nehmen müssen. In den ländlichen Regionen sind zudem die Betreuungsangebote zum Teil schwer zu erreichen.
- *ÖPNV:* Das ÖPNV-Angebot unterscheidet sich zwischen den Regionen: In manchen Regionen ist der Verkehr ähnlich gut ausgebaut wie in der Stadt, in anderen fahren, zumindest aus Sicht einiger befragter Eltern, nur die Schulbusse. In den ländlich geprägten Regionen fehlen vor allem zu Randzeiten und in den Schulferien Angebote des ÖPNV.
Im Landkreis besteht eine hohe Nachfrage nach Verkehrsverbindungen nach Luxemburg, die noch nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Auch die Verbindungen ins Saarland sind, aus der Sicht von Familien, nicht gut miteinander verzahnt.

Besonders betroffene Personengruppen:

Menschen ohne Führerschein/Auto, insbesondere junge Menschen, ältere/pflegebedürftige Menschen, Geflüchtete, Sozialhilfeempfänger und insbesondere ohne soziale Netzwerke vor Ort

Betreuung

- *Öffnungszeiten und Randzeiten:* Gerade für die Auspendler nach Luxemburg, die ihre Kinder am Wohnort betreuen lassen möchten, besteht ein hoher Bedarf an Randzeitenbetreuung. Derzeit wird dieser Bedarf meistens innerhalb der Familie (z. B. über die Großeltern) geregelt.
- *Ferienangebote und Notfalllösungen:* Eine kostenfreie Betreuung über die Ferien kann nicht flächendeckend gewährleistet werden. Ebenso fehlen v.a. in ländlichen Regionen Notfallangebote.
- *Tagespflege:* Im Landkreis besteht ein hoher Bedarf nach Angeboten im Bereich der Tagespflege.
- *Qualifikation der Erziehenden:* Durch die Nähe zu Luxemburg besteht in einigen Regionen ein Bedarf an mehrsprachigen Erzieherinnen und Erziehern.

Besonders betroffene Personengruppen:

Familien ohne Netzwerk (z. B. Zugezogene), Pendler, Personen im Schichtdienst, Familien mit Grundschulkindern

Arbeitswelt

- *Familienfreundlichkeit:* Vor allem in KMU, der Landwirtschaft und dem Handwerk fehlt teilweise noch das Bewusstsein für familienfreundliche Maßnahmen. Wenn Kinder krank werden, nehmen Eltern ungern frei, sondern organisieren Betreuung möglichst über Verwandte.
- *Unflexible Arbeitszeiten und Schichtdienste:* Je nach Tätigkeit ist eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten aus betrieblichen Gründen nicht möglich.
- *Breitband:* Es gibt immer noch Haushalte und auch Gewerbegebiete, die nur sehr langsamen Zugang zum Internet haben. Das hemmt zum einen die Wirtschaft vor Ort, aber auch die Home-Office-Optionen für erwerbstätige Eltern.

Freizeitangebote

- *Angebot:* Freizeitangebote sind zwar vorhanden, aber nicht immer bekannt. Es fehlt ein zielgruppenspezifischer Überblick, z. B. in Form einer Homepage.
- *Erreichbarkeit:* Die Freizeitangebote sind oftmals nicht mit dem ÖPNV erreichbar, sodass Eltern ihre Kinder bringen und abholen müssen.

Flexible Dienstleistungen

- *Serviceabbau:* Filialen werden geschlossen, bei Krankenkassen gibt es zunehmend keine persönlichen Ansprechpartner mehr. Gerade ältere Menschen sind dadurch auf Hilfe angewiesen.
- *Personal:* Es besteht Personalmangel im Bereich Pflege. Aufgrund des besseren Verdienstes verliert man Pflegepersonal an Luxemburg. Pflegepersonen, die Kinder haben und im Schichtdienst arbeiten, benötigen Betreuung zu Randzeiten, die von den Kitas nicht abgedeckt werden. Tagespflegepersonen und Babysitter sind wiederum teuer. Hinzu kommt, dass es kaum Ehrenamtliche im Bereich Pflege gibt.

Besonders betroffene Personengruppen:

Ältere/pflegebedürftige Menschen

Gesundheitsangebote

- *Öffnungszeiten:* Die Öffnungszeiten der (Kinder-)Ärzte stellen für Erwerbstätige eine Herausforderung dar.
- *Hebammen:* Es besteht eine Unterversorgung mit Hebammen. Notdienste wurden in Konz und Trier eingerichtet. Familien aus ländlichen Regionen müssen wiederum zusätzliche Wege in Kauf nehmen.

Besonders betroffene Personengruppen:

Ältere/pflegebedürftige Menschen, Berufstätige mit Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen

Herausforderungen für Zeittaktgeber

Mobilität:

Der Kreis Trier-Saarburg ist ein sehr heterogener, teils strukturschwacher Raum. Das „Wachstum“ einiger Regionen ist auf den Zuzug von Personen, die in Luxemburg arbeiten, zurückzuführen. Dies führt dazu, dass diese Regionen zwar Einwohnerinnen und Einwohner gewinnen, diese aber abgesehen von den Bussen nach Luxemburg kaum den ÖPNV nutzen.

Eine Herausforderung bei der Beförderung zu Kindertagesstätten ist, dass es im Gegensatz zu den Schulen keine festen Zeiten gibt, zu denen die Kinder gebracht und abgeholt werden.

Das ÖPNV-Angebot ist bisher abhängig von den Busunternehmen. Diese finanzieren sich wiederum über die Fahrkarteneinnahmen, sodass es kein Angebot für wenig genutzte Strecken gibt. Dies soll sich ab 2019 durch ein neues Verkehrskonzept²¹ ändern, bei dem in sogenannten Linienbündeln wirtschaftlich attraktive mit unattraktiven Linien zusammengefasst werden.

Es gab und gibt im Landkreis verschiedene Projekte und Initiativen im Bereich Mobilität, z. B. Bürgerbusse, Mitfahrssysteme oder kostenlose Busfahrkarten für Senioren. Diese wurden häufig kaum in Anspruch genommen. Gründe werden zum einen in der fehlenden Flexibilität gesehen, zum anderen darin, dass die Bevölkerung sich über die Jahre mit dem Auto organisiert hat.

Betreuung:

In den Kitas werden in der Regel jährliche Bedarfsabfragen bei den Eltern gemacht. Allerdings können nicht alle Bedarfe gedeckt werden, insbesondere, wenn sie nur von wenigen Eltern artikuliert werden. Jede Erweiterung der Öffnungszeiten geht mit einem erhöhten Personalbedarf einher. Abgesehen von den Kosten gibt es auch in diesem Bereich einen Fachkräftemangel. Daher kann nicht jedem Bedarf nachgegangen werden, obwohl die Randzeitenbetreuung aus konzeptioneller Sicht umgesetzt werden könnte.

²¹ ÖPNV-Konzept Nord des Zweckverbands Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV), des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur sowie der Verkehrsverbände Region Trier (VRT) und Rhein-Mosel (VRM).

Es wurde berichtet, dass Eltern mit kleinen Kindern oft außerhalb der Schulferien Urlaub machen möchten. Während der Schulferien benötigen sie dadurch durchgehende Betreuung. Um eine Betreuung während der Ferien gewährleisten zu können, wäre ein höherer Personalschlüssel nötig.

Die hohe personelle Auslastung der Kitas vor Ort machen Ferienbetreuungen in den Kitas ebenfalls schwierig. Z. B. machte das Personal bei einem großen Kita-Träger zeitversetzt Urlaub und sprach die Schließzeiten der Kita ab, damit Eltern ihre Kinder während der Ferienzeiten in andere Kitas bringen konnten. Allerdings sind die Kitas z. T. so ausgelastet, dass schlicht keine freien Plätze für zusätzliche „Ferien-Kitakinder“ da sind.

Durch die Nähe zu Luxemburg besteht in einigen Regionen ein Bedarf an mehrsprachigen Erzieherinnen und Erziehern. Insgesamt ist es schwierig, qualifiziertes Personal für die Kindertagesstätten zu finden. Fachkräftemangel herrscht außerdem auch im Bereich der Kindertagespflege.

Gute Beispiele für Vernetzungsstrukturen und Abstimmungsprozesse

Leitstelle Familie:

Im Jahr 2013 wurde eine **Leitstelle Familie** eingerichtet, die Netzwerkarbeit betreibt und für alle Akteure als Anlaufstelle dient. Die Leitstelle wurde als Stabsstelle eingerichtet und mit festen Personalressourcen ausgestattet. Die Leitstelle wurde auf Initiative des Landrates eingerichtet und ist generationsübergreifend tätig. Als klassische Querschnittsarbeit bezieht sie sich auf die verschiedenen Lebensphasen der Familien. Themen der Arbeit sind „Ehrenamt“ und „Familienbildung“ sowie Angebote aus dem Bereich „Frühe Hilfen“, dem Netzwerk Kinderschutz und der (Kinder-)Gesundheit. Die Mitarbeiter verschaffen sich einen Überblick über Angebote vor Ort, sind in der Netzwerkarbeit tätig, organisieren Arbeitskreise und Gremien und bauen auf Fachtagen und Fortbildungen Kontakte zu Akteuren auf. So informiert z. B. der „Familienwegweiser“, den es online und in gedruckter Form gibt, über Ansprechpartner, Angebote und Einrichtungen für Familien im Kreis.

Neben der Bündelung von Informationen in der Leitstelle setzt der Kreis auf dezentrale Strukturen. So wurden z. B. in Kooperation mit verschiedenen Trägern in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt vier **Sozialraumzentren** aufgebaut, in denen Familien Beratungsangebote in Anspruch nehmen können. Regelmäßig finden Treffen zwischen den

Mitarbeitern vor Ort und den für den Bezirk zuständigen Mitarbeitern des Jugendamtes statt. Neben dem Austausch über die Bedarfe von Familien und der Initiierung von Präventionsprojekten geht es dabei auch um den Abbau eventueller Doppelstrukturen. Auch die Förderung sogenannter „**Dorfkümmerer**“ sowie die Entwicklung eines Leitfadens für den Aufbau von Begegnungsstätten als Hilfe für Ortsgemeinden, die Familienzentren gründen wollen dienen dem Aufbau dezentraler Angebote.

Gute Beispiele für konkrete familienfreundliche Maßnahmen in Trier-Saarburg

2009 eröffnete das **Bürgerbüro** der Kreisverwaltung Trier-Saarburg. Dabei wurden die Öffnungszeiten an das tatsächliche Kundenaufkommen angepasst. Im Bürgerbüro können beispielsweise Führerscheine beantragt, Dokumente beglaubigt oder Formulare und Anträge abgegeben werden.

Für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren veranstaltet der Kreis jedes Jahr in den ersten beiden Wochen der Sommerferien den sogenannten „**Ferienstpaß**“. Dabei werden die Kinder jeden Morgen in ihren Wohnorten mit Bussen abgeholt und am späten Nachmittag zurückgebracht. Etwa 600 Kinder nahmen 2017 an der Aktion teil, die bereits zum 38. Mal stattfand. Betreut werden sie von rund 70 Ehrenamtlichen.

Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 21 Jahren mit Wohnsitz im Landkreis Trier-Saarburg können an Freitagen und Samstagen das „**Jugendtaxi**“ in Anspruch nehmen. Sie können bei einem von sechs Taxiunternehmen ein Taxi bestellen und erhalten eine Förderung vom Kreis in Höhe von 2 € pro Person. Damit soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, günstig mit dem Taxi von Veranstaltungen nach Hause zu kommen.

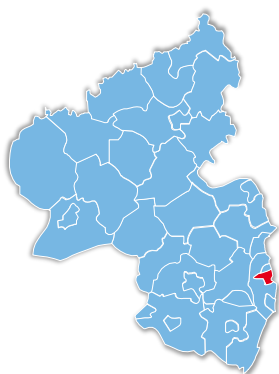
In der Verbandsgemeinde Ruwer gibt es ab August 2017 einen **Bürgerbus**. Dabei ist die Verbandsgemeinde der Rechtsträger, die operative Umsetzung übernehmen die Ortsgemeinden. Unterstützung bei der Planung und Realisierung kam von der Agentur Landmobil und dem landesweiten Beratungsprojekt Bürgerbusse Rheinland-Pfalz.

In vielen Ortschaften gibt es keine Lebensmittelgeschäfte (mehr). Für Personen, die nicht mobil sind, gibt es in einigen Regionen Dienstleister, die verschiedene Waren direkt nach Hause liefern. In Trier-Saarburg gibt es z.B. den „**HEIKO-Wagen**“, der ein- bis zweimal die Woche Kunden mit Lebensmitteln versorgt und auf Wunsch auch bis ins Haus liefert.

4.3. Fallbeispiel 3: Ludwigshafen am Rhein

Rahmendaten der Stadt Ludwigshafen am Rhein	
Gebietskörperschaft:	Verbandsgemeinde
Einwohnerzahl:	2015: 164.718 2005: 163.343
Einwohner je km²:	2.124
Demografische Lage (auf Basis des Prognos Zukunftsatlas):	- Der Stadt werden für die Zukunft ausgeglichene Chancen/Risiken bescheinigt - Demografie: Rang 187 von 402
Regionale Besonderheiten:	- Grenzt an Mannheim - Liegt in unmittelbarer Nähe des Dreiländerecks Rheinland-Pfalz–Hessen–Baden-Württemberg - Teil der Metropolregion Rhein-Neckar

Ausgangslage



Die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein liegt im Südosten von Rheinland-Pfalz. Mit 164.718 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Ludwigshafen nach Mainz die zweitgrößte Stadt des Bundeslandes. Die Stadt liegt am linken Rheinufer, direkt gegenüber der baden-württembergischen Stadt Mannheim, die über etwa 300.000 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt. Beide Städte gehören zur Metropolregion Rhein-Neckar. Dabei handelt es sich um einen Verdichtungsraum rund um das Dreiländereck Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen, der seit 2005 zu den europäischen Metropolregionen zählt.

Eine Besonderheit der Arbeitgeberlandschaft vor Ort ist, dass vergleichsweise viele Großunternehmen in der Stadt oder der nahen Umgebung tätig sind. Die Großunternehmen haben ein Interesse daran, dass Ludwigshafen eine für (potentielle) Mitarbeiter attraktive

Region ist. Dementsprechend engagieren sie sich inhaltlich und finanziell in deutlichen Umfängen im Rahmen der Regionalentwicklung.

Die Stadt Ludwigshafen misst der Förderung der Familien eine hohe Bedeutung zu, insbesondere dem Ausbau der Kindertagesbetreuung, dem Ausbau von Ganztagschulen, der Verbesserung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum, der Sauberkeit und Sicherheit in der Stadt und Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen.

Viele Arbeitgeber in Ludwigshafen beschäftigen sich bereits intensiv mit den Zeitbedarfen von Familien und bieten flexible Arbeitszeitmodelle o. ä. familienfreundliche Maßnahmen an. Dazu gehören insbesondere die großen Unternehmen, die daran interessiert sind, Fachkräfte zu gewinnen oder zu binden. Aber auch bei kleinen und mittelständischen Unternehmen rückt das Thema, angetrieben durch den Fachkräftemangel, immer mehr in den Fokus.

Ludwigshafen gehört zum Verkehrsverbund Rhein-Neckar-Verkehr (rnv). Der rnv deckt neben Ludwigshafen die gesamte Metropolregion Rhein-Neckar ab. Die befragten Personen geben an, dass deshalb Landesgrenzen-übergreifende Fahrten, z. B. nach Mannheim oder Heidelberg, mit dem ÖPNV einfach sind.

Auswahl lokaler Herausforderungen für das Zeitbudget von Familien in Ludwigshafen am Rhein

Mobilität

- *Erreichbarkeit aus umliegenden Gemeinden:* Viele Familien wohnen nicht in Ludwigshafen selbst, sondern in kleinen Gemeinden vor der Stadt. Der Anfahrtsweg ist z. T. weit, die Gemeinden nicht oder schlecht an den ÖPNV angebunden.
- *Verkehrssituation an Knotenpunkten:* Innerhalb der Stadt herrscht zu den Stoßzeiten ein hohes Verkehrsaufkommen. Die Wegzeiten können sich so deutlich verlängern.
- *Parkplatzangebot:* Das Parkplatzangebot innerhalb der Stadt ist für Pendler z. T. schwierig und teuer. Außerhalb der Stadt könnten Park and Ride-Parkplätze dafür sorgen, dass Pendler aus den umliegenden Gegenden zu Knotenpunkten kommen könnten, um von dort aus den ÖPNV zu nutzen.

Besonders betroffene Personengruppen:

Pendler

Betreuung

- *Randzeiten:* Es besteht weiterhin der Wunsch, dass die Randzeiten flexibler mit Betreuungsangeboten abgedeckt werden. Ideal wäre, wenn die Kita ab 6 Uhr geöffnet hätte, um auch Eltern mit Früh- schichten die Betreuung zu ermöglichen.
- *Spät- und Wochenendbetreuung:* Eltern haben z. T. auch in den Abendstunden Termine (z. B. Elternabende), für die sie flexible Be- treuungsangebote suchen. Außerdem gibt es einige Berufe, die auch am Wochenende Schichtdienste haben, für die keine Betreuungsan- gebote existieren.

Betreuung

- *Ferienbetreuung:* Wie auch in anderen Regionen ist es für Eltern auch hier eine Herausforderung, die Ferienzeiten abzudecken. Allerdings fehlt es nicht zwangsläufig an Angeboten, sondern eher an Transparenz über das bestehende Angebot. Es gibt öffentliche Angebote, aber auch Angebote von Arbeitgebern.
- *Ausbau der Betreuungsangebote für Schulkinder:* Auch für Kinder im Grundschulbereich sollten Betreuungsangebote zur Verfügung stehen. Der Fokus liegt weiterhin eher auf dem Ausbau der Kitas.
- *Kita-Platz Vergabe:* Die Vergabe von Kita-Plätzen ist für Eltern z. T. undurchsichtig und problematisch. Eine zentrale Übersicht und koordinierte Steuerung über Kitaplätze könnte helfen.

Besonders betroffene Personengruppen:

Pendler (z. B. aus den umliegenden Gemeinden), Alleinerziehende

Arbeitswelt

- *Abhängigkeit von Einzelpersonen:* Obwohl viele Arbeitgeber bereits stark für die Bedarfe der Familien sensibilisiert sind, hängt die Umsetzung entsprechender Maßnahmen in der Praxis von Einzelpersonen ab. Wenn Vorgesetzte nicht sensibel für das Thema sind, können Eltern familienfreundliche Maßnahmen, auch wenn Sie grundsätzlich verfügbar sind, nicht in Anspruch nehmen. Allerdings ändert sich die Einstellung der Vorgesetzten in den letzten Jahren mit dem Nachrücken der jüngeren Generationen.
- *Breitbandanschluss:* In den ländlichen Regionen um Ludwigshafen fehlt es z. T. noch an flächendeckenden Breitbandanschlüssen. Familien, die in diesen Gegenden wohnen, können Home-Office-Lösungen nicht oder nur mit großen Einschränkungen nutzen.
- *Home-Office:* Ob die Möglichkeit zum Home-Office besteht, hängt häufig von der Einstellung des Arbeitgebers ab. Es wird vermutet, dass einige Unternehmen Home-Office-Lösungen prinzipiell ablehnen, „weil es nicht geht“.

Freizeitangebote

- *Freizeitangebote für Familien:* Es besteht der Eindruck, dass die Stadt Ludwigshafen wenig attraktiv für junge Familien ist und vergleichsweise wenige Angebote vorhält.
- *Vermarktung von Freizeitangeboten:* Die bestehenden Angebote werden noch nicht gut genug vermarktet. Ludwigshafen könnte attraktiver wirken, wenn die Vorzüge der Stadt besser bekannt wären.

Flexible Dienstleistungen

- *Paketlieferungen:* Paketzustellungen erfolgen häufig zu Zeiten, in denen Eltern arbeiten. Einige Eltern haben die Möglichkeit, sich Pakete zur Arbeitsstelle liefern zu lassen, bei anderen Arbeitgebern ist das schwierig.
- *Haushaltsnahe Dienstleistungen:* Insgesamt ist es z. T. noch wenig übersichtlich, welche Anbieter es vor Ort gibt und welche Angebote existieren.

Herausforderungen für Zeittaktgeber

Arbeitgeber:

Viele, insbesondere große Arbeitgeber sind bereits sehr stark für die zeitlichen Bedarfe der Familien sensibilisiert und haben Angebote und Maßnahmen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt. Innerhalb der Unternehmen besteht z. T. das Problem, dass einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch nicht für die zeitlichen Bedarfe von Familien sensibilisiert sind und Maßnahmen nur schleppend umgesetzt werden. Auch die Stadtverwaltung als Arbeitgeber möchte familienfreundliche Arbeitszeitmodelle weiter entwickeln und fördern.

Unternehmen haben noch Beratungsbedarfe zum Thema Digitalisierung (z. B. im Rahmen von Home-Office-Lösungen). Beratungsbedarfe bestehen insbesondere auch im Bereich Datenschutz und der operativen Umsetzung. Es bleibt eine Herausforderung, dass die vielen Leitfäden zu familienfreundlichen Maßnahmen, die mittlerweile existieren, passgenau und zielgruppengerecht bei den Arbeitgebern (insbesondere KMU) ankommen.

Betriebe, die über betriebliche Betreuungsangebote verfügen, machen z. T. die Erfahrung, dass die Nachfrage eher gering ist. Probleme entstehen, weil zum einen Erzieherinnen und Erzieher fehlen. Zum anderen bleiben Plätze z. T. unbesetzt, da Eltern wohnortnahe und nicht-betriebliche Betreuungsangebote letztlich vorziehen.

Arbeitgeber in Ludwigshafen stehen vor der Herausforderung, dass sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus drei Bundesländern mit verschiedenen Ferienzeiten koordinieren müssen. Einige Arbeitgeber aus der Region schließen sich daher zusammen und bieten eigene Ferienprogramme für die Kinder des Personals aus den Unternehmen an, z. B. im Rahmen der Sportferienbetreuung.

Schulen:

Die individuellen Möglichkeiten von Schulen zur Bestimmung der Öffnungszeiten sind begrenzt. Im Schulgesetz sind der Unterrichtsbeginn und das -ende festgelegt. Die einzelne Schule kann bei Bedarf die Zeiten anpassen, allerdings nur bis maximal 30 Minuten vor und 30 Minuten nach der festgelegten Zeit. Veränderungen müssen mit der Schulbehörde abgestimmt werden. Zusätzlich wird der Schulträger, die Stadt Ludwigshafen, informiert, der die Änderungen auf mögliche Probleme mit dem Schülertransport hin überprüft. In Einzelfällen kann das bei Bedarf zu weiteren Abstimmungen führen.

Gutes Beispiel für Vernetzungsstrukturen und Abstimmungsprozesse

Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ der Metropolregion Rhein-Neckar:

Das Forum „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ist Teil der Metropolregion Rhein-Neckar. Das Forum operiert als regionale Plattform mit über 800 Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Dem Selbstverständnis nach ist es Impulsgeber, Netzwerkknoten, Lobbyist und Informationsdrehscheibe.

Als Teil der Metropolregion besteht das Forum nicht nur für die Stadt Ludwigshafen, sondern für die gesamte Metropolregion mit ihren 15 Stadt- und Landkreisen. Damit können die besonderen regionalen Rahmenbedingungen dieser besonderen Region (drei Bundesländer und die direkte Nachbarschaft zu Großstädten wie Mannheim und Heidelberg) berücksichtigt werden.

Die Fachkräftesicherung ist die Hauptmotivation der Unternehmen, sich im Forum zu engagieren. Die Unternehmen wissen, dass sie dieses Thema nicht alleine und nicht ohne Partner aus der ganzen Metropolregion bearbeiten können. Das Forum bzw. die Metropolregion finanziert sich aus Gesellschafterbeiträgen und direkten Beiträgen von Unternehmen. Darüber hinaus stellen einige Unternehmen Mitarbeiter für die Arbeit in der Metropolregion für bedeutende Zeiträume (ca. drei Jahre) bezahlt zur Verfügung.

Das Forum hat das Ziel, Arbeitgeber für die Belange von Familien zu sensibilisieren, zu informieren und zu vernetzen. Zum Forum gehören verschiedene Arbeitskreise: „Familienfreundliche Hochschulen“, „Familienfreundliche Unternehmen“, „Kindertagespflege“, „Auditierte Unternehmen“ und „Familienbewusste Behörden“. Außerdem wurden in den letzten Jahren zahlreiche Broschüren und Handreichungen für Unternehmen und Beschäftigte entwickelt, z. B. ein Praxisleitfaden für Beschäftigte mit behinderten Kindern und anderen pflegebedürftigen Angehörigen oder ein Leitfaden für eine lebensphasenorientierte Führung. Teil der Broschüren sind viele konkrete Gute-Praxis-Beispiele aus den Unternehmen der Region. Darüber hinaus gibt es weitere Angebote, wie Newsletter und regelmäßige Netzwerktreffen.

Im Rahmen des Forums wurden auch ganz konkrete Angebote und Lösungen entwickelt, z. B. eine Kinderbetreuungsdatenbank, Feriencamps und Hortplätze.

Gutes Beispiel für konkrete familienfreundliche Maßnahmen in Ludwigshafen

„Büro Flexible Kinderbetreuung“:

Das Büro vermittelt kostenlos qualifizierte Tagesmütter und Tagesväter an Eltern. Die Betreuung kann ganztags oder nur stundenweise erfolgen, ergänzend zu Kita und Schule, individuell angepasst an die Arbeitszeiten/ Wünsche der Eltern oder auch nur in den Ferienzeiten. Das Büro ist ein Angebot des Deutschen Kinderschutzbundes e.V.

5. Ansätze für eine strategische Zeitpolitik in Rheinland-Pfalz

Der Blick auf die Rahmenbedingungen für Familien in Rheinland-Pfalz und in die Kommunen zeigt, dass Familien weiterhin Unterstützungsbedarfe haben, um Zeitmangel und -not zu verringern. Um sie unterstützen zu können, müssen verschiedene Akteure besser und effizienter miteinander kommunizieren und passende, unterstützende Angebote schaffen. Kommunen haben bei der Umsetzung zeitpolitischer Aufgaben eine zentrale Stellung, denn sie sind im direkten Kontakt mit den Familien, den Arbeitgebern, der Verwaltung, den Kitas und Schulen, dem ÖPNV sowie vielen anderen Akteuren, die den Zeittakt von Familien bestimmen.

In diesem Kapitel wird erläutert, wie Zeitpolitik strategisch in den Kommunen verankert werden kann und welche Unterstützung das Land bieten könnte. Die Empfehlungen beruhen dabei auf der vorhandenen Forschungsliteratur zur kommunalen Zeitpolitik, die um die Erfahrungen aus den Kommunen in Rheinland-Pfalz ergänzt und landesspezifisch angepasst werden.

5.1. Zeitbedarfe von Familien strategisch in der Kommune verankern

Eine Zeitpolitik für Familien lässt sich strategisch passend auf der Ebene der Kommunen anlegen: „Sie sollte dort beginnen, wo Individuen, Familien, Gruppen Zeitnot erleben und als Gestaltungsnotwendigkeit artikulieren können – am Arbeitsplatz, in der Familie, im Quartier, in der Stadt. [...] Zeitpolitik sollte als kommunale Zeitpolitik beginnen – Politik und Gesellschaft sollten sie befürworten und ausbauen.“²²

²² Mückenberger, Ulrich (2017): Kommunale Zeitpolitik für Familien. Gutachten im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen.

Auf Basis der Literatur und der Erfahrungen aus den Fallregionen wurden sechs Bausteine zur Umsetzung einer koordinierten Zeitpolitik für Familien identifiziert (vgl. Abbildung 5-1), die im Folgenden erläutert werden.

Abbildung 5-1: Bausteine einer kommunalen Zeitpolitik für Familien



Baustein 1: Bedarfe identifizieren

Die Rahmenbedingungen für Familien sind in Rheinland-Pfalz von Region zu Region sehr verschieden. Eine wirksame und effiziente kommunale Zeitpolitik muss passgenau an die regionalen Bedarfe und Strukturen anknüpfen. Zur Einrichtung einer kommunalen Zeitpolitik sollte daher vor Ort eine Bedarfsanalyse durchgeführt werden. Zentrale Fragestellungen dabei sind u.a.:

- In welchen Handlungsfeldern haben die Familien vor Ort Zeitkonflikte? Wodurch werden sie ausgelöst?
- Gibt es unter den Familien bestimmte Gruppen, die besonders betroffen sind? Warum?
- Welche Angebote stehen Familien bereits zur Verfügung? Werden sie in Anspruch genommen? Was sind Hürden/ Erfolgsfaktoren der Inanspruchnahme?

Das Ziel dieser Analyse ist es, zentrale Bedarfe und Handlungsfelder zu finden und zu priorisieren. Außerdem sollte ein Überblick geschaffen werden, welche Angebote und Maßnahmen in diesen Bereichen bereits bestehen, ob sie die Familien erreichen und Doppelstrukturen oder Lücken bestehen. Zeitpolitik bedeutet häufig nicht, dass große, teure und/oder neue Projekte initiiert werden müssen, sondern die vorhandenen Angebote und Strukturen unter der Prämisse „Zeit für Familie“ zu betrachten, miteinander in Bezug zu setzen und ggfs. aufeinander abzustimmen.

Die Erhebung der Bedarfe von Familien kann, je nach Größe der Kommune und finanziellen Ressourcen, über verschiedene Wege erfolgen. Möglich sind z. B. standardisierte Erhebungen, aber auch Dialogveranstaltungen oder Workshops.

Baustein 2: Steuerung und Zuständigkeiten

In einem weiteren Schritt sollten zentrale Akteure identifiziert werden, die zur Umsetzung einer kommunalen Zeitpolitik wichtig sind. Besonders wichtig ist es in diesem Zusammenhang, auf der Ebene der politischen Entscheider eine Person zu finden, die sich für dieses Thema mit ihrem Namen tatkräftig einsetzt, möglichst den Bürgermeister, Landrat o. Ä.: „Denn wenn Politik und Verwaltungsleitung die Familienzeitpolitik zur Chefsache machen und ihr ausreichend Bedeutung und Priorität beimessen, ist sichergestellt, dass alle relevanten politischen Gremien und Verwaltungsfachbereiche mitarbeiten und an einem Strang ziehen.“²³ Die Einbindung der kommunalen Verwaltungsspitze trägt auch dazu bei, dass der ressortübergreifende Ansatz, der für zeitpolitische Maßnahmen charakteristisch ist, berücksichtigt wird.

In den untersuchten Kommunen setzten sich Bürgermeister oder der Landrat persönlich für familienfreundliche Maßnahmen ein. Damit wurden Signale gesetzt, dass der Kommune dieses Thema wichtig ist und die Leitung der Kommune hinter den Maßnahmen steht. Zeitpolitik sollte „ranghoch“ in der Kommune verankert sein.

²³ Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugend (2014): Kommunale Zeitpolitik für Familien. Ein Leitfaden für die Praxis: Familien unterstützen, Standorte sichern, Unternehmen fördern.



„Ganz besonders wichtig ist der Verbandsbürgermeister. [...] Entgegen dem politischen Willen können Sie nichts durchsetzen. Da können Sie so viel vernetzen, wie Sie wollen – das bringt nichts! Man muss einfach sicher sein, dass von vornherein die Akteure, die die Entscheidungen treffen, auch dahinterstehen.“

(Netzwerk-Koordinatorin)

Darüber hinaus zeigen sowohl die Literatur als auch die Erkenntnisse aus den Fallbeispielen, wie wichtig eine zentrale Steuerungs- und Koordinierungsstelle für die Umsetzung von zeitpolitischen Maßnahmen ist. Diese kann idealerweise, wie z. B. die „Leitstelle Familie“ im Landkreis Trier-Saarburg, direkt in der Kreisverwaltung angesiedelt werden. Wichtig ist, dass in jedem Fall personelle und finanzielle Ressourcen für die Arbeit der Koordinierungsstelle zur Verfügung gestellt werden.

Baustein 3: Vernetzung



„Ohne Vernetzung von Trägern, Einrichtungen, Angeboten, Vereinen, Verbänden und Initiativen, politischen Akteuren, Ehrenamtlichen, Elternvertretungen und engagierten Eltern, verschiedenen Ressorts der Kommunalverwaltung, der Wissenschaft und Betriebe ist Familienfreundlichkeit nicht realisierbar.“

(Politischer Entscheidungsträger)

Ein zentraler Baustein einer kommunalen Zeitpolitik für Familien ist der fest institutionalisierte und routinierte Austausch der relevanten Akteure in festen Arbeitszusammenhängen. In vielen Kommunen bestehen bereits Arbeitsgruppen, Runde Tische, Lokale Bündnisse oder Arbeitgebernnetzwerke, auf deren Ressourcen und Know-how aufgebaut werden kann. Doppelstrukturen sollten vermieden werden. Wichtige Akteure aus der Politik und Verwaltung, die an der Umsetzung beteiligt werden sollten, sind insbesondere:

- Politische Entscheidungsträger (z. B. Bürgermeister, Landrat)
- Wirtschaftsförderung
- Bereiche Familie, Kinder, Jugend, Soziales
- Verkehrsplaner, insbesondere ÖPNV
- Stadtplaner
- Gleichstellungsbeauftragte
- Öffentlichkeitsarbeit

Darüber hinaus sollten auch die Zeittaktgeber der Familien Teil des Netzwerkes werden, insbesondere:

- Große Unternehmen (falls vorhanden)
- Kleine und mittelständische Unternehmen
- Kitas, Kindertagespflege und Schulen
- Netzwerke, ggfs. auch mit den angrenzenden Regionen
- Anbieter für haushaltsnahe Dienstleistungen

Zeitpolitik ist auf Landes- und kommunaler Ebene immer eine Querschnittsaufgabe, an der alle Ressorts beteiligt werden müssen. Im Rahmen der Vernetzungsarbeit muss daher darauf geachtet werden, dass Zeitpolitik nicht allein von der Kinder- und Jugendhilfe bearbeitet und verantwortet wird, sondern, durch institutionalisierte Arbeits- und Abstimmungsprozesse, Zugang zu allen Bereichen der Politik hat.

Am Beispiel der Metropolregion Rhein-Neckar wurde in den Fallstudien deutlich, wie wichtig insbesondere auch große Unternehmen für den Erfolg eines Netzwerkes sein können. Sie bringen finanzielle und personelle Ressourcen ins Netzwerk ein, wirken, durch ihre Stellung in der Region, als Zugpferde für andere Akteure und setzen ein Zeichen dafür, dass dieses Thema wichtig für die Wirtschaft in der Region ist. Große Unternehmen haben außerdem häufig bereits Erfahrungen mit familienfreundlichen Maßnahmen gemacht oder verfügen über die Ressourcen, solche Maßnahmen modellhaft auszuprobieren.



„Wir haben zum Glück diese große Landschaft an Groß-Unternehmen, mit denen wir ganz viel auch erproben können, [...] was es für uns einfacher macht, Dinge anzustoßen. Zum einen kriegen wir durch die Arbeitskreise einen direkten Eindruck, was für Themen gerade akut sind. [...]“

(Netzwerk-Koordinatorin)

Wichtig, häufig aber wesentlich schwieriger zu erreichen, sind die KMU für ein Netzwerk. Sie berücksichtigen die Zeitbedarfe von Familien häufig noch nicht strategisch und verfügen nicht über die Ressourcen, entsprechende Maßnahmen zu entwickeln. Aktive Teilnahmen am Netzwerk sind mit kleinen Ressourcen ebenfalls schwierig.



„Wir sind sehr offen für KMUs. Wir wissen aber auch, dass es bei denen eine Zeitfrage ist. Sich einen halben Tag frei zunehmen für eine Sitzung ist nicht einfach, auch wenn wir das gerne hätten. [...] Gerade auch, weil sie erst dann nach Lösungen gucken, wenn sie den Fall haben.“

(Netzwerk-Koordinatorin)

Die Gespräche zeigten, dass insbesondere der Fachkräftemangel für Unternehmen ein großer Antrieb ist, sich mit den Zeitbedarfen von Familien zu beschäftigen. Der Fachkräftemangel wird langfristig nahezu alle Regionen in Rheinland-Pfalz treffen und sowohl KMU wie auch große Unternehmen vor Herausforderungen stellen. Im Rahmen der Gewinnung von Netzwerksmitgliedern sollte deswegen überzeugend gezeigt werden, dass eine gute Zeitpolitik kleine wie große Unternehmen dabei unterstützen kann, Mitarbeitende zu gewinnen und langfristig zu binden.



„Mein Eindruck aus Gesprächen mit den Arbeitgebern aus kleinen und mittelständischen Unternehmen ist: Hier rückt dieses ganze Thema immer mehr ins Bewusstsein. Und zwar weil das Thema Fachkräftemangel erfordert, sich hierzu Überlegungen zu machen, wo man geeignete Leute und Fachkräfte herkriegt.“

(Politischer Entscheidungsträger)

Regionale Arbeitgeber sollten, auch wenn sie kein Mitglied im Netzwerk sind, trotzdem weiter mit Informationen und Beispielen guter Praxis aus der Region versorgt werden, z. B. über Newsletter, Beratungsangebote, Schulungen oder größere Veranstaltungen. Gute Knotenpunkte, über die Informationen gestreut und Arbeitgeber sensibilisiert werden können, sind auch Verbände und die Kammern.

Die Fallstudien zeigen, dass Kommunen in der Regel geografisch und wirtschaftlich eng mit anderen Kommunen in der Region verwoben sind. Umso wichtiger ist es, dass auch überregionale Arbeitsprozesse initiiert werden, die Zeitbedarfe von Familien in der Stadtplanung mitdenken.

Baustein 4: Lücken füllen

Aufbauend auf der Analyse der Bedarfe der Familien und den vorhandenen Angeboten können Angebotslücken identifiziert werden. Diese Lücken kann die Koordinierungsstelle gezielt adressieren und passende Angebote entwickeln. Dazu sollte zwingenderweise das

Netzwerk mit seinen Akteuren einbezogen werden. Über das Netzwerk können finanzielle und personelle Ressourcen zur Umsetzung von Maßnahmen gewonnen werden, wie z. B. beim „Einricher Zwergenland“ oder der Metropolregion Rhein-Neckar. Außerdem verfügen einzelne Netzwerkpartner bereits betriebsintern über Know-how, das bei der Umsetzung von familienfreundlichen Maßnahmen helfen kann.

Ein wichtiger und häufig vernachlässigter Arbeitsschritt ist es, in diesem Rahmen nach Best-Practice-Beispielen zu suchen. Die Fallbeispiele zeigen: In vielen Kommunen sind bereits diverse, z. T. sehr verschiedene Maßnahmen umgesetzt worden, die erfolgreich Zeitkonflikte von Familien reduzieren. Überregionale Austauschtreffen und Datenbanken können beim Austausch von Best-Practice-Beispielen unterstützen.

Baustein 5: Kommunikation

Eine zentrale Aufgabe der Koordinierungsstelle und des Netzwerks ist die Kommunikation, nicht nur innerhalb des Netzwerks, sondern auch nach außen.

Im Rahmen der Fallstudien wurde deutlich, wie wichtig dabei vor allem die Kommunikation von bestehenden Angeboten zu den Unternehmen und Eltern hin ist. Angebote können nur in Anspruch genommen werden, wenn sie von der Zielgruppe wahrgenommen werden. Für Familien ist die Angebotslandschaft mit ihren verschiedenen Anbietern teilweise nicht zu überblicken.

Ein Beispiel für gute Praxis zur Kommunikation von Angeboten in den Kommunen ist z. B. der Familienwegweiser in Trier-Saarburg, der in übersichtlicher Form Angebote in den Bereichen Kinderbetreuung, Schule, Berufsorientierung, Freizeit, Gesundheit uvm. zusammenfasst. Ein weiteres Beispiel ist der Ferienkalender Aar / Einrich aus der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen, in dem eine Übersicht über alle Ferienangebote in der Region gegeben wird.

Zu diesem Baustein gehört es auch, dass Beispiele guter Praxis innerhalb des Netzwerkes kommuniziert und verbreitet werden. Das kann in Form von Treffen und Arbeitsgruppen geschehen, aber (in Abhängigkeit von den Ressourcen) auch über Broschüren und Praxisleitfäden. So hat z. B. die Metropolregion Rhein-Neckar in den vergangenen Jahren eine Reihe von Praxisleitfäden für Arbeitgeber zu verschiedenen Themen herausgebracht. Neben Hintergründen, Tipps und Rechtgrundlagen werden hier auch Beispiele aus der Praxis von Unternehmen zu erfolgreichen Maßnahmen vorgestellt.

Erfolge sollte nicht nur intern, sondern auch offensiv nach außen kommuniziert werden. Sie können gezielt zur Öffentlichkeitsarbeit der Region genutzt werden.



„Familienfreundlichkeit ist ein Aspekt zur Steigerung der Attraktivität der Kommune. Sie fördert Zufriedenheit und Entlastung der Familien. Wenn sie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hilfreich ist, trägt sie zudem zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Leistungsbezug zur Grundsicherung bei.“

(Politischer Entscheidungsträger)

Baustein 6: Kontinuität

Zeitpolitik für Familien muss in den Kommunen dauerhaft angelegt und umgesetzt werden. Wie bei allen politischen Initiativen besteht auch hier die Gefahr, dass die Akteure nach einiger Zeit das Interesse verlieren oder engagierte Personen das Netzwerk verlassen. Damit Zeitpolitik nicht „im Sande verläuft“ müssen langfristige und personenunabhängige Arbeitsprozesse angelegt werden. So können z. B. klare Richtlinien und Absprachen in der Verwaltung dazu beitragen, dass die Zeitbedarfe der Familien routinemäßig in Planungsprozessen berücksichtigt werden.²⁴

Unverzichtbar ist darüber hinaus eine langfristige Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für die Steuerungs- und Vernetzungsarbeit.

5.2. Mögliche Ansatzpunkte für die Landespolitik

Die Landespolitik kann einen wesentlichen Beitrag bei der Etablierung einer Zeitpolitik für Familien in den Kommunen leisten. Über Aktivitäten in drei Bereichen – Vernetzung, Information, Förderung – können Akteure wie Kommunen, Arbeitgeber und Familien vor Ort unterstützt werden.

²⁴ Ein gutes Beispiel für solche institutionalisierten Richtlinien ist der Leitfaden der Stadt Aachen „Familienfreundliche Stadtplanung. Kriterien für Städtebau mit Zukunft.“ Er beinhaltet vom Rat der Stadt abgestimmte Kriterien eines kinder- und familienfreundlichen Städtebaus. Die Zielgruppe sind Stadt- und Verkehrsplaner, Architekten, Investoren, Projektentwickler sowie alle anderen Personen, die an der Planung und Ausführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung beteiligt sind. Abrufbar unter:
http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/planen_bauen/themen/familienfreundliche_stadtplanung/index.html

Abbildung 5-2: Zeitpolitische Ansatzpunkte für die Landesregierung



Das Land kann durch **Vernetzungsarbeit** die relevanten Akteure auf das Thema aufmerksam machen, zusammenbringen und sensibilisieren. Workshops und Tagungen können dazu beitragen, dass das Thema bei den Entscheidungsträgern in den Kommunen auf die Agenda gehoben wird. Umgekehrt wird die Möglichkeit geschaffen, Wünsche und Bedarfe der (sehr verschiedenen) Kommunen des Landes an die Landesregierung heranzutragen, um bedarfsgerecht darauf reagieren zu können.



„Als Kommune wünschen wir uns, dass die Landesregierung Anregungen aus den Kommunen intensiv prüft und bei der Umsetzung von Aufgaben berücksichtigt. Da die Herausforderungen der Daseinsvorsorge vor Ort in den Kommunen bearbeitet werden, liegen hier auch wesentliche Erfahrungen vor. Die Situation ist in den Kommunen verschieden, das erfordert auch unterschiedliche Lösungsansätze.“

(Politischer Entscheidungsträger)

Zielgruppengerechte **Informationen** unterstützen die Arbeit der Akteure vor Ort, dazu gehören praxisorientierte Leitfäden für die Umsetzung einer Zeitpolitik für Familien, zugeschnitten auf verschiedene Typen von Kommunen in Rheinland-Pfalz und die Verbreitung von Beispielen guter Praxis, z. B. auch durch eine Projektdatenbank.

Mit einer wirkungsorientierten (**Projekt-)Förderung** können z. B. neue Mobilitäts- und Betreuungskonzepte vor Ort ausprobiert, begleitet und, im Erfolgsfall, flächendeckend verbreitet werden. Darüber hinaus könnte, wie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, ein Zeitatlas für Rheinland-Pfalz erstellt werden.

Kommunale Zeitpolitik kann nicht erfolgreich sein, wenn sie im isolierten Ressortdenken verhaftet bleibt und Zeitpolitik für Familien nur von der Kinder- und Jugendhilfe betrieben wird. Was für die Kommunen gilt, trifft auch auf der Landesebene zu: Zeitpolitik erfordert einen erweiterten Akteurskreis. Der Querschnittscharakter, der für Familienpolitik ohnehin kennzeichnend ist, wächst bei der Zeitpolitik. Kooperationen der Ressorts Familie, Kinder, Wirtschaft, Verkehr, Arbeit und Gesundheit sind notwendig.